

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentopreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenszeitung „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Petitzelle über deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer steht 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Gerechter Lohn.

* Leipzig, 2. September.

Als vor kurzem die Buchdrucker ihren neuen Tarif veröffentlichten, schloss sich daran in einigen Parteiblättern eine Diskussion, und dabei wurden Ansichten laut, die unseres Erachtens eine nähere Beleuchtung verdienen. Die Magdeburger Volksstimme schrieb:

Die möglichst genaue Gliederung der Arbeiten eines Berufszweiges, die Bewertung der Haupt- und Nebenarbeiten, die Abwägung der Schwierigkeiten der einzelnen Arbeitsleistungen ist eine äußerst wertvolle Vorarbeit für die Regelung der Arbeit in einer zukünftigen Gesellschaft, die den Hauptwert auf gerechten Lohn für geleistete Arbeit legt.

Ist hier nur von „einer“ zukünftigen Gesellschaft die Rede, so heißt es am Schluss des Artikels ganz bestimmt:

Wir wiederholen, daß wir die (in dem Buchdruckertarif) angestrebte und zum größten Teil durchgeführte Atomisierung der Arbeit für einen großen Fortschritt halten, der die Organisation der Arbeit auf der Grundlage, die der Sozialismus anstrebt, vorbereitet.

Diesen Artikel hat das Volksblatt für Anhalt ausdrücklich abgedruckt und aus eigenem noch hinzugefügt:

dass es ganz allgemein eine besonders wichtige Aufgabe der Arbeitervorganisationen ist, ... auf allen Arbeitsgedanken ein gerechtes Verhältnis zwischen den verschiedenen Leistungen und der denselben wegen ihrer Unterschiedlichkeit auch zukommenden unterschiedlichen Entlohnung herzustellen.

Ist die Arbeit die Quelle des Reichtums, dann muß das auch darin seinen Ausdruck finden, daß einer unterschiedlichen Arbeitsleistung eine unterschiedliche Entlohnung zu teilen wird. Eine gegenständige, schablonenhafte Gleichheit wäre direkt Ungerechtigkeit. Auch würde der Eifer, Bedeutenderes zu leisten, sicher erläutern oder doch geschäigt werben, wenn das Unbedeutende wie das Bedeutende mit gleichem Lohn belohnt würde. Das hätte einfach eine Prämie auf Gleichgültigkeit, Faulheit und Dummheit sezen. Denn das ist kindliche Utopierei, ein Wahnsinn, der mit der Menschenatur, wie sie ist, ja angeknüpft ihrer Beschränktheit sein kann, nicht rechnet, wenn man annimmt, auch ohne persönliche Anerkennung, ohne persönliche Vorteile werde in Zukunft jeder Mensch mit aller Kraft nach der höchstmöglichen besten Leistung trachten. Obenbrenn war's fürchterlich langweilig, wenn solche obige Gleichmacherei Platz griffe. Die Arbeit soll frei werden, frei von der Ausbeutung durch Eigentümer, aber eben darum muß der höheren Leistung auch ein höherer Lohn, der gerechte Lohn, zu teilen werden.

Die genannten Parteiblätter erblicken also als wirtschaftliches Ziel des Sozialismus die „gerechte Entlohnung der Arbeit“; jeder soll an den Freuden und Genüssen des Lebens teilnehmen genau in dem Maße, worin er arbeitet. Dadurch würde, nach ihrer Meinung, das Ideal der Gerechtigkeit und mit ihm die Aufgabe des Sozialismus erfüllt sein.

Wir können diese Ansicht nicht als richtig anerkennen. Weil wir jedoch wissen, daß sie von sehr vielen Genossen geteilt wird, halten wir es für nützlich, sie einmal des näheren zu erörtern.

Wie sie entstanden ist und weshalb sie so fest sitzt und so schwer zu beseitigen ist, das ist leicht zu erkennen: was den Proletarier von heute drückt, ist die Thatsache, daß der eine viel genießt, ohne zu arbeiten, während der andere viel arbeitet, ohne zu genießen. Dies sehen und daraus einen angeblich gerechten Verteilungsplan ableiten, der als Maß die geleistete Arbeit zu Grunde legt, ist nur ein Schritt. Gegen diese angeblich gerechte Entlohnung sind aber viele und schwere Einwände zu machen, vor allen Dingen der, daß sie gar nicht gerecht ist.

Ein jeder soll entlohnt werden im Verhältnis der Arbeit, die er leistet. Wenn ich aber weniger leiste, als mein Mitarbeiter, ist denn das immer meine Schuld? Wenn ich weniger tüchtig bin, weniger gelernt habe, gearbeitet mal eine Woche lang zur Arbeit weniger in der rechten Stimmung bin, und aus all diesen Gründen weniger fertig bringe als mein Nachbar, was kann denn ich dafür? Ja, seien wir selbst den schlimmsten Fall: wenn ich weniger fleißig bin, wenn ich ein Faulpelz bin, ist das lediglich meine Schuld? Liegt das nicht zum großen Teil an meiner Erziehung, meiner Veranlagung, meinem Charakter, kurz an tausend Einflüssen, zu denen ich gar nichts thun kann? Und weiter: hat nicht oft der Umgang und Untüchtige größere natürliche Bedürfnisse als der Tüchtige? Ihm weniger geben, würde in solchem Falle heißen, ihn darben lassen, ihm das Notwendige vorenthalten, während der andere seinen Überfluss nicht verzehren kann. Wer sich aber anmaßen wollte, ein gleiches „Existenzminimum“ für jedermann festzusehen, der gerade würde sich jener „oben Gleichmacherei“ schuldig machen, die das Volksblatt für Anhalt so energisch verwirkt. Die Menschen haben unglaubliche Bedürfnisse, und wer gerecht sein will, muß ihre unterschiedlichen Bedürfnisse unterschiedlich befriedigen, nicht aber den einen hungern lassen, während bei dem anderen vielleicht die Produkte verderben, die er nicht mehr gebrauchen kann. Wir würden da in einem Fehler stecken bleiben, den wir der kapitalistischen Gesellschaft zum schärfsten Vorwurf machen.

Ein zweiter Einwand ist der, daß die Entlohnung nach Maßgabe der geleisteten Arbeit unausführbar ist; es ist die reine, blanke Utopie. Vor allen Dingen müßte man doch wissen, wieviel ein jeder gearbeitet hat. Das festzustellen, haben wir jedoch absolut kein Mittel. Es ist hinlänglich bekannt, daß jeder

einzelne Gebrauchsgegenstand heutzutage nicht von einer Person hergestellt wird, sondern durch eine ganze Reihe von Händen geht, und zwar nicht nur einmal, sondern mehrere Male. Ein jedes Produkt ist heute höchst komplizierter Natur, setzt sich zusammen aus vielen verschiedenen Teilstücken, von denen wiederum jedes einzelne schon der gemeinsamen Arbeit vieler Personen entsprochen ist. Festzustellen, wieviel jeder einzelne Mitarbeiter dazu beigetragen hat, ist einfach unmöglich. Wie will man z. B. bei einem Baumwollstrumpf herausfinden, wieviel der eine und wieviel der andere dazu beigetragen hat, vom Baumwollpflanzer an, die ganze Reihe der verschiedenen Produzenten hindurch bis zum Weber oder Stricker, nicht zu vergessen die zahlreichen Hilfsarbeiter, die Schiffer, Fuhrleute, Maschinenführer, Heizer, Kohlenfarrer, Kaufleute etc., die auch dabei nötig waren!

Dem hat man begegnen wollen, indem man sagte, die Entlohnung sollte nach der Arbeitszeit bemessen werden. Und manche Leute haben mit vielem Scharfsinn ein System von Arbeitszeit-Bescheinigungen ausgeschüttelt, die in der „zukünftigen Gesellschaft“ an Stelle des Geldes dienen sollen. Auch das ist durchaus verkehrt, denn es kommt nicht nur auf die Dauer der Arbeit an, sondern auch auf ihre Intensität. Man kann unter Umständen in einer Stunde mehr arbeiten als sonst in zwei. Verschiedene Arbeiten erfordern verschiedene Kraftanstrenkungen. Genau feststellen, um wieviel die eine schwerer ist, als die andere, können wir nicht. Und wenn wir es wirklich könnten, so würde uns das auch noch nichts helfen. Denn die Intensität der verschiedenen Arbeiten bleibt nicht dieselbe, sie wechselt alle Tage, und folglich verschiebt sich alle Tage das Verhältnis der schwereren und leichteren Arbeiten.

Wenn man in den wirklichen Zusammenhang der Dinge hinabsteigt, so ist's nichts mit dem „Recht auf den vollen Arbeitsvertrag“ und auch nichts mit dem „gerechten Lohn“. Und in der That: es ist auch gar nicht die Aufgabe des Sozialismus, irgend ein Ideal der Gerechtigkeit zu erfüllen, schon deshalb nicht, weil das Ideal der Gerechtigkeit für jeden Menschen und für jedes Zeitalter ein anderes ist. Die Utopisten träumten davon, einen Zustand vollkommener, „ewiger“ Gerechtigkeit herzustellen, und heute träumen davon die Anarchisten. Der wissenschaftliche Sozialismus aber hat durch Erforschung der wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Geschichte nachgewiesen, daß, was wir für gerecht halten, anderen Seiten als ungerecht galt, und was uns als höchst ungerecht erscheint, zu anderen Seiten für gerecht angesehen wurde. (Wir erinnern nur an die Reiherverfolgungen.)

Seuilleton.

(Magazin bezeichnet.)

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

Wie geschlagen schlich Mine die Treppe herunter. Es war ihr, als könnte sie nicht aus dem Hause fort, nicht fort aus dem Thor, nicht fort aus der Straße. Sie zögerte. Aber sie mußte doch fort. Sie mußte zurück zu Müldner. Wie möchten die sich heute früh ohne sie beholfen haben?! Ob Herr Müldner auch den Kaffee gefunden und den Brotbeutel herein genommen hatte? Wenn der so lange an der Hintertür hängen blieb, wurde er gewiß gestohlen.

Unwillkürlich beschleunigte sie ihre Schritte. Fünfzig Pfennige den Tag! Gestern erst kam es ihr zum Bewußtsein, wie viel das war. Hergott, das konnte sie ja gar nicht aufbringen! Eine lärmende Angst besiegte sie, schweig lehnte sie sich gegen die Messingstange eines Schaufensters und stierte die Waren an mit leeren, blöden Bildern. Dann fing sie an zu rechnen; wie ein Kind nahm sie alle zehn Finger zu Hilfe. Aber wie sie auch rechnete und rechnete; fünfzig Pfennige den Tag, das machte im Monat tausendfünfhundert Pfennige, das waren fünfzehn Mark! Fünf Thaler! Und sie bekam das ganze Jahr nur fünfzig Thaler!

Ihre Lippen, die die Zähne murmelten, wurden blaß. Schreck trat ihr auf die Stirn. O, was nun — ? Angstvoll dachte und dachte sie nach. Woher das Geld nehmen? War denn da kein einziger, der ihr helfen

könnte, ihr was zulegen, daß es lange? Blödiglich schob es ihr durch den Kopf: bei denen zu Hause hatte sie ja noch etwas zu gut! Hatte sie denen nicht sechzehnzwanzig Mark geschenkt zum Ankauf für die neue Schuhe? Wiederhaben wollte sie's Geld ja gar nicht — nein, nein! — Über sie konnten ihr wohl dafür die Kleine hinnehmen; Milch hatten sie ja genug. Zwei Schuhe! Wer merkte da die paar Schluß für Fräulein?! Und zulegen wollte sie auch noch jeden Monat etwas.

Freilich, der Vater hatte ihr mächtig groß geschrieben, als sie daheim das von Fräulein zu hören bekommen. Heruntergerissen hatte er sie, keinen guten Fesen an ihr gelassen. Über, wenn sie's jetzt so bedachte, hatte er denn nicht Grund gehabt?

Versöhnlisch gedachte Mine der Eltern. Nein, es war unrecht von ihr gewesen, daß sie getrost, daß sie nicht mehr geschrieben hatte. Nun hatten sie über Jahr und Tag nichts mehr von einander gehört.

Ein Heimweh kam jählings über Mine. Ihre Augen füllten sich mit Thränen, sie preßte die Hände ineinander. Ja, sie wollte hingehen und sagen: „Verzeiht mir!“ Fünfzig Pfennige den Tag, wer konnte das wohl aufbringen?! Und dann der Schmuck! Und würde die Frau gut zu Fräulein sein? Die war eine Fremde; aber daheim die Mutter, die war doch die leibhaftige Großmutter.

Wenn sie unvermittelet eintrat, mitten unter die, zu denen sie doch gehörte, dann würden sie gewiß nicht mehr böse sein. Dann würden sie sich auch über Fräulein freuen; Fräulein war ja so niedlich!

III.

Nicht nur die Bewohner des letzten Hauses der Colonnestraße, nein, die der ganzen Nachbarschaft, studierten die nächsten vier Wochen einzigt den Lokalanzeiger und alle ihnen erreichbaren Lokalblätter. Ob sie wieder kam oder nicht? — Ob sie gefunden wurde oder nicht? war Tagesgespräch.

Mathilde kam nicht wieder. Sie wurde auch nicht gefunden.

Wohl aber kam ihre Schwester, eine stattliche blühende Frau und nahm einstweilen die Hinterlassenschaft der verschwundenen an sich. Die Nachbarin sah neugierig zu, wie sie die Sachen zusammen kramte. Gegen abend kam der Main und half der Frau, den Koffer mit Mathildes Ausstattung wegtragen.

Als Mine am Sonntag ihr Kind besuchte, stellte ein Buchdeckel aus dem Kohlenkasten der Nachbarin heraus, sie zog ihn neugierig zwischen den Preßlohlen vor, die ihn einklemmten. Über hastig ließ sie ihn wieder fahren, als ob er ihre Finger brenne — es war Mathildes Buchchen.

Müldner waren in elniger Verlegenheit; Mine hatte ihnen erklärt, sie müsse für ein paar Tage nach Hause fahren. „Warum“, hatte sie nicht gesagt, aber mit einer seltsamen Hartnäckigkeit bestand sie auf ihrem Verlangen. Und da Frau Müldner sich leidlich kräftig fühlte, die Kinder gesund waren, ausnahmsweise gerade keine große Wäsche vorlag, und Herr Müldner fürchtete, im Fall einer Weigerung die brave Dienstmagd zu verlieren, wurde sie für zwei Tage beurlaubt; aber nur für zwei Tage.

Auch den zum Ersten fälligen Lohn zahlte ihr Herr Müldner schon ein paar Tage früher aus, sie hat so sehr darum; es wurde Herrn Müldner schwer, jetzt schon daß

Es gibt keine „ewige“ Gerechtigkeit, und deshalb ist es müßig, sich den Kopf zu zerbrechen über Gerechtigkeit in der Zukunft, und es kann nicht Aufgabe des Sozialismus sein, irgend eine zukünftige Gerechtigkeit herbeizuführen.

Seine Aufgabe ist vielmehr, die Arbeit von der Ausbeutung durch das Kapital zu befreien und einen Zustand herbeizuführen, worin der Reichtum nicht nur einer besitzenden Klasse zufließt, sondern allen Menschen zur Verfügung steht, so daß ein jeder in Wohlhabenheit leben kann. Das geschieht aber nicht dadurch, daß man den Lohn „gerecht“ macht, sondern dadurch, daß man den Lohn und die Lohnarbeit überhaupt befeiert. Ist man sich einmal darüber einig, daß die Ursache des Elends, unter dem das Proletariat heute leidet, der Kapitalismus ist (und hierüber sollten sich wohl alle Sozialdemokraten einig sein), so ist die notwendige Schlussfolgerung, daß der Kapitalismus besiegt werden muß. Kapitalismus und Lohnarbeit sind nun zwar nicht ein und dasselbe, aber sie gehören unzertrennlich zusammen; die Arbeit gegen Entlohnung, berart, daß ein Profit für den Kapitalisten übrig bleibt, ist das Wesentliche am Kapitalismus. So lange das System der Lohnarbeit existiert, so lange existiert auch der Kapitalismus.

Deshalb ist es eine Utopie, zu glauben, daß man Not und Elend (die bösen Folgen der Lohnarbeit) aus der Welt schaffen und doch die Lohnarbeit beibehalten könne, indem man sich darauf beschränkt, den Lohn „gerecht“ zu machen. Nicht darum handelt sich's, etwas mehr Lohn für den Arbeiter herauszuschlagen, sondern dieses ganze System der Entlohnung zu beseitigen.

Die Lohnarbeit hängt aber innig zusammen mit der Produktion von Waren, d. h. mit der That, daß sämtliche Gegenstände im Hinblick auf den Verkauf hergestellt werden. Über die Produktion eines Gegenstandes entscheidet heute in erster Linie nicht seine Notwendigkeit, sondern seine Verkauflichkeit; nicht für den Gebrauch wird heutzutage produziert, sondern für den Markt.

Die Warenproduktion ist älter als der Kapitalismus. Weil sie bestand und mit ihr das Privateigentum, deshalb mußte (am Ausgang des Mittelalters) die weitere Entwicklung der Arbeit, die für den Fortschritt, ja für die Existenz der Menschheit notwendig war, zum Kapitalismus und zur Lohnarbeit führen. Dies ist einer der wichtigsten Vorgänge in der Wirtschaftsgeschichte; im Rahmen eines Zeitungsartikels können wir darauf natürlich nicht weiter eingehen.

Heute ist die Entwicklung des Kapitalismus so weit gediehen, daß er deutlich zwei ganz verschiedene Seiten zeigt: in der Produktion (d. h. im Innern des einzelnen Betriebes) ist die Arbeit gemeinschaftlich organisiert; der einzelne Arbeiter arbeitet nicht für sich allein, ohne Rücksicht auf die anderen und nur auf eigenen Vorteil bedacht, sondern alle arbeiten nach einem gemeinschaftlichen Plan einander in die Hände, jeder tut das, was im Hinblick auf das gemeinsame Ziel am vorteilhaftesten erscheint. Sobald aber das Produkt fertig ist, gehört es einem einzelnen, der es als Ware nur noch zu seinem eigenen Vorteil verwendet, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer. Der Kapitalismus in seiner heutigen Form zeigt also zwei Gesichter: nach innen die gemeinschaftlich organisierte Arbeit, nach außen das Privat Eigentum am Produkt. Man habe dieses Privateigentum auf, und übrig bleibt die gemeinschaftlich organisierte Arbeit.

Und da haben wir die wirkliche Aufgabe des Sozialismus. Die gemeinschaftliche Organisation der Arbeit, die heute nur im Innern jedes einzelnen Betriebes existiert, muß durchgeführt werden für das ganze Gebiet der Produktion. Dadurch wird die Arbeit viel ergiebiger werden, viel mehr Reichtümer liefern als heute. Ge-

Geld zu geben, er mußte sich auch immer mit seinen Finanzen einrichten.

Mine hatte jeden Pfennig nötig. Die Pflegerin drohte Fridchen auf die Straße zu werfen, wenn sie nicht wenigstens dreißig Prozent des Monatsgeldes erhielt. Das letzte Viertel mußte Mine schuldig bleiben, wenn sie auch alles, was sie entbehren konnte, zur Grummach schleppte. Abend für Abend hatte sie sich, mit einem kleinen Päckchen unterm Tuch, in das heimliche Trödelädchen der Höbenstraße gestohlen; Hemb auf Hemb wanderte dahin, ihre ganze gute eigengespinnene Wäsche, die sie von Hause mitbekommen. Auch Geschenke, die sie dann und wann von den Herrschaften erhalten, gingen denselben Weg; sie waren noch neu, ihr immer zum Gebrauch zu schade gewesen. Am schwersten fast wurde Mine die Trennung von einem Karton mit bunten Seifen und Parfümfläschchen; lange hielt sie ihn zögernd in der Hand und betrachtete ihn mit schwimmenden Augen. Dann trug sie ihn doch weg.

Es war an einem schönen Septembermorgen, als Mine, das fest in ein Tuch gepackte Fridchen auf dem Schoß, der Heimat zuführte.

Nest regte sich doch ein Gefühl der Freude in ihr, und eine lebhafte Neugier dazu — wie sie wohl alle und alles wiederfinden würde?! Nun sie so weit war, hatte sie keine Bangigkeit mehr. Die mußten sich ja doch freuen, sie nach so langer Trennung wiederzusehen! Wenn sie auch nicht so im Staat nach Hause kam, wie sie es sich wohl einstmals in fernen Träumen ausgemalt, anständig sah das kornblumblaue Kleid noch immer aus, und den braunen Strohhut, den Frau Mühlner abgelegt und ihr gelehnt hatte, kannten die daheim noch gar nicht; ihren schönen Rosenhut hatte sie leider zur Grummach tragen müssen, wenn sie auch nur fünfundneunzig Pfennige dafür bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

hindert wird ihre Ausdehnung durch das Privateigentum am Produkt. Deshalb muß dieses Privateigentum aufgehoben werden. Mit ihm fällt die Verkäuflichkeit des Produkts, es hört auf, Ware zu sein. Denn verkaufen kann ich nur, was mir gehört. Neben die gemeinschaftlich organisierte Arbeit tritt der gemeinschaftlich organisierte Verbrauch. So weit es überhaupt angebracht ist, sich ein Ideal der zukünftigen Gesellschaft auszumalen, die wir erstreben, kann es nur eine Gesellschaft sein, in der ein Lohn gezahlt wird, in der auch die Produkte der verschiedenen Arbeiten nicht gekauft und verkauft werden, in der nicht ängstlich abgeschäfft wird, wieviel der andere gibt und wieviel ein jeder danach bekommen darf. Sondern gerade wie in einer Familie die Brüder und Schwestern sich nicht ihre Lebensmittel und Leistungen gegenseitig verkaufen, sondern einfach jedem so viel geben wie er braucht, so soll auch die zukünftige Gesellschaft nur aus Brüdern und Schwestern bestehen, die einem jeden so viel gönnen, wie er braucht, ohne ängstlich abzuwarten, ob er auch so viel gearbeitet hat. Die Furcht, daß sich da einer zu viel nehmen könnte, ist kleinlich und selbstsüchtig. Solange für alle genug da ist (und das wird sein, wenn erst einmal die Arbeit, von den Fesseln des Privateigentums befreit, auf viel größerer Stufenleiter gemeinschaftlich organisiert werden kann), so lange kann es gleichgültig bleiben, wieviel jeder sich nimmt. Auch kann man ganz sicher sein, daß keiner sich mehr als satt essen wird. Und so viel wollen wir ihm doch gönnen!

Also nicht „gerechter“ Lohn ist unser Ziel, sondern Verteilung des Lohnes.

Politische Übersicht.

Unter Appetit.

Der König von Italien hat Deutschland wieder verlassen, begleitet von den Tamtamslägen der bürgerlichen Presse über die Herrlichkeit des Dreikönigs im allgemeinen und der deutsch-italienischen Freundschaft im besonderen. Diese Künsteigereien schwächen sich keineswegs von rechts nach links ab, sondern verstärken sich eher in dieser Reihenfolge; die Deutsche Tageszeitung löst sich steilröhlig über das „herzliche Einvernehmen“ geführter Häuptler aus, als die Frankfurter Zeitung.

In Frankfurt machte der König von Italien die leichte Station auf deutschem Boden, natürlich auch hier empfangen durch „stürmische Ovalionen“ des „Volkes“, will sagen, der braven Bourgeoisie. Die offizielle Vertretung dieser edlen Klasse, der Frankfurter Magistrat, hatte treu gehoramt in Berlin angefragt, was er zur Ehre des königlichen Gastes thun sollte, aber nur die herbe Antwort erhalten, das gehe ihn gar nichts an, die Feier solle rein militärisch sein. Jedoch nahm der Oberbürgermeister Adedes als Gast des Offiziercorps an dem Prunkmahl im Hotel Imperial teil.

Bu einem Genuss dieser Art gehört auch ein edler bürgerlicher Magen, namentlich für einen Frankfurter Oberbürgermeister. Im Jahre 1866 töte sich der damalige Vorgänger des Herren Adedes, in Verzweiflung über die unerschwingliche Kontribution, die ein preußischer Offizier der im friedlichsten Paradesmarsch „eroberter“ Stadt Frankfurt auferlegt hatte, jener General Mantoussell, der bei Ausführung der barbarischen Plazregel selbst sagte: Ich weiß, die Nachwelt wird mich einen Alba nennen, aber ich habe strengen Befehl. Dieser Befehl kam von Bismarck, der als Bundeslogogefandter lange Jahre in Frankfurt gelebt und einen edlen feudalen Geizhunger auf die kapitalistischen Schätze der Stadt genährt hatte.

Über angeschlagen hat seine Kür a la Alba. Ihm selbst, ihrem feudalen Plünderer, rüstet die Frankfurter Bourgeoisie eben ein prunkendes Denkmal, und ihr Oberhaupt nährt sich von den Profamen eines Offizierbüros. Hoffentlich hat er bei diesem Bankett den guten Appetit gehabt, der von dem unverwüstlichen Magen seiner Klasse erwartet werden darf.

Gedenkfeier und Propaganda.

Aus Courtrai schreibt man uns unter dem 31. August: Seit zwei Monaten ist Courtrai, eine kleine stille Stadt Westflanders, der Schauplatz vieler pomposer Festlichkeiten.

Nachdem von offizieller Seite der Beiges eröffnet, bot eine politische Richtung nach der anderen ihre Männer nach Courtrai auf. In offiziellen Toasten wurde hochlönend die Regierungswire der früheren flämischen Generationen gefeiert, also die Regierungskreise der Revolutionen, deren ganze Geschichte nichts ist als die einer Revolution gegen die weltlichen und geistlichen Oberherren. Die flämischen Bankettreder rühmen den alten Flämern fromme Ergebenheit und Gehorsam der Geistlichkeit gegenüber nach, d. h. denjenigen, welche in Wirklichkeit gar oft den geistlichen Oberherren den roten Hahn aufs Dach setzten und noch öfter ihnen den Gehorsam verweigerten, wozu sie — nebenbei bemerkt — viel Anlaß und gute Gründe hatten. Kurz seit zwei Monaten wird die gegenwärtig erklärte Bevölkerung Flämerns im allgemeinen und die von Courtrai im besonderen auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit in allen Tonarten besessen. Ursache dieser Festlichkeiten und der dabei produzierten Geschichtslügen war der sechshundertste Jahrestag der Schlacht bei Courtrai. Am 11. Juli 1802 standen sich dort an den Stadtmauern zwei Heere gegenüber: Die französische Armee mit dem flandrischen und französischen Adel und Patriziatum an der Spitze auf der einen Seite und auf der anderen die Handwerker und Arbeiter Flämerns. Der ökonomische Kampf, der sich während des 18. Jahrhunderts zwischen Ausbeutern und Ausgebundenen entwickelt und zugekehrt hatte, sollte hier mit den Waffen zum Ausdruck gebracht werden. Den Kampf, den die belgischen Städte im 12. und im Anfang des 13. Jahrhunderts gegen ihre weltlichen und geistlichen Oberherren für ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit führten, war von Erfolg gekrönt worden, weil alle Schichten der Bevölkerung als Ganzes geschlossen gegen den äußeren Feind ins Feld zogen. Aber die unter Beteiligung aller Volksklassen errungenen Privilegien wurde von einer kleinen Minderheit usurpiert, den privaten Interessen dienstbar gemacht und gegen die Majorität auf ökonomischem und politischem Gebiet rücksichtslos angewandt. Die hieraus entstehenden Gegensätze zwischen beiden Parteien wurden immer schärfer und wuchsen sich oft zu lokalen Revolten aus. Die unterdrückte Partei, die Handwerker noch in ihrer Commune (Kommune) organisiert und relativ gut bewaffnet, konnte es mit ihren Unterdrückern aufnehmen. Diese aber, die Patrizier, wandten sich in dem Bewußtsein, einen energischen Widerstand dauernd nicht leisten zu können,

hilfesuchend an den König von Frankreich, der begierig die Gelegenheit ergriff, das wegen seines Reichtums längst bereitete Flandern seinem Reiche einzubringen.

Nachdem er den Grafen v. Flandern wegen eines Bündnisses mit England gefangen gelegt hatte, sandte er einen Gouverneur in die flandrische Stadt Brügge. In der dem Einzuge folgenden Nacht wurde dieser neue Tyrann mit seinem Gefolge von dem unterdrückten Volke niedergemacht. Der nächste Handstreich bewirkte großen Schrecken in der ganzen herrschenden Klasse, aber auch der Nummer der französischen Armee. Das arbeitende und unterdrückte Volk von Brügge sammelte sich nun bei Courtrai mit den Verbündeten der anderen Städte. Das Patriziat und der Adel schlug sich auf Seite seines Schupherrn, zur französischen Armee. Die Schlacht endete mit einem glänzenden Sieg der Unterdrückten über ihre Unterdrücker. — Dies in kurzen Zügen die historischen Vorgänge, die seit acht Wochen die festlichen Veranstaltungen in Courtrai veranlaßt haben. Die tapferen Handwerker und Arbeiter, die 1802 gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker bei Courtrai kämpften, werden von den Ausbeutern und Unterdrückern der Gegenwart als die Thoten für die Pläne der Reaction stilisiert. Heute ist nun der allein Erbverächtlige der Sieger von 1802 in Courtrai erschienen — das Proletariat — um seine tapferen Kämpfer zu ehren und den Klerikalen ein „Handwerk von diesen Toten“ anzurufen und vor allem der Bevölkerung von Courtrai Gelegenheit zu geben, einmal leibhaftige Sozialisten zu sehen. Dem Courtrai ist der schwärzeste Punkt im Klerikalen Westflanders, und die Klerikale Reaction führt ihren gläubigen Schafen den Sozialisten als einen Mörder, die ic vor. So waren denn die leibhaftigen Sozialisten zahlreich herbeigeströmt. Flämänder, Wallonen, Franzosen und Holländer waren erschienen, um zu zeigen, daß sie alle einig sind, ihre Kämpfer zu ehren, so erhielt die Feier einen internationalen Charakter. Die Manifestation der 5000 bis 6000 Proletarier mit ihren Musikkapellen und Fahnen war eine Begebenheit ersten Ranges für die sonst so stille Stadt. Nachdem der letzte Zug gegen zwei Uhr eingelaufen war, formierte sich die Manifestation vor dem Bahnhof und zog unter den Klängen von Arbeitersiedlern durch die vom Proletariat bewohnten eugen Gassen über das Kampffeld von 1802 nach dem Stadtpark, wo ein Dutzend Redner, darunter ein holländischer Abgeordneter, Ansprachen hielten. Polizeiliche Hilfe und Ordner hielten sich die Manifestanten von vorne herein verbeten und der ungehemmte Zug ging — wenn man von dem unanständlichen Regen absieht — prächtig von statten. Die auf das Trompetengetrommel herbeigeeilte Bevölkerung machte den Manifestanten willig Platz und bildete Spalier auf dem ganzen Wege. Beim Passieren lugte so manches Bourgeoisgesicht hinter den verhangenen Fenstern verstohlen hervor.

Als sich der Zug im Stadtpark aufgelöst hatte, durchzogen die Genossen in kleinen Gruppen dies Proletarierquartier, hier Flugblätter verteild, dort Volksversammlungen anknüpfend, kurz, es war eine Propaganda von Haus zu Haus im großen Stile.

Nach den mündlich gegebenen Berichten scheint der erste große Einbruch dieser Art in die bis dato uneinnehmbare gestellte Festung des belgischen Klerikalismus glänzend gelungen zu sein.

Deutsches Reich.

Von der Fleischnot.

Die Nachrichten von Fleischpreissteigerungen häufen sich unheimlich. In Münzen und in Göttingen sind die Preise für Fleisch- und Wurstwaren um 5 bis 10 Pf. pro Pfund erhöht. Auch für Überstadt ist bereits eine gleiche Preissteigerung in Aussicht genommen. Das agrarische Blatt Südhannover, die Göttinger-Grubenhäger Zeitung, bemerkt zu dieser Erhöhung der Fleischpreise, daß sie erfolge wegen der sehr hohen Viehprixe. Das agrarische Blatt ist zweifellos gut informiert.

Die hohen Viehprixe können sich natürlich nur halten, weil das Angebot an Vieh hinter dem Bedarf weit zurückbleibt. Auf dem Berliner Viehmarkt wurden 2256 Tiere in den letzten 14 Tagen, vom 16. und 30. August, weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs aufgetrieben. Die Centralstelle für Viehverwertung, die nach der Ansicht des Landwirtschaftsministers den Viehverkehr im ganzen deutschen Reich regulieren soll, konnte, wie die allgemeine Fleischerzeitung mitteilte, am Sonnabend nicht einmal 10 Schweine zum Berliner Viehmärkt aufstreben.

Wie es um die Wahrheit der stolzen jungerlichen Versicherungen bestellt ist, daß die deutschen Agrarier den deutschen Volksbedarf an Fleisch genugsam decken könnten, zeigt sehr hübsch ein Jäger im Rosenberger Kreisblatt. In Rosenberg in Westpreußen besteht nämlich eine „Schlächtervereinigung“ aus feudaler Schlächterei vereinigter Landwirte, um für ihr Schlachtvieh Verwertung zu finden. Jetzt ist im Kreisblatt wiederholt zu lesen:

Hette Schweine faust Schlächter vereinigter Landwirte, Rosenberg, Westpreußen.

Die Herren kaufen Schweine auf, wo sie sie bekommen. Der Viehmangel muß also auch bei den westpreußischen Büchtern bereits sehr bedenklich sein, wenn die Genossenschaft sich gezwungen sieht, entgegen den in ihren Statuten ausgesprochenen Bestimmungen Vieh auch von Nichtgenossen zu kaufen.

Gegenüber der Behauptung, daß die Fleischsteuerung in Polen durch Spekulationen dorlicher Fleischer veranlaßt worden sei, veröffentlichten in der Posener Zeitung die Fleischer eine Erklärung, wonach die Gutsbesitzer in der Umgegend, als die ersten Mitteilungen über die Erhöhung der Fleischpreise aufstachen, sofort den Preis für ihr Schlachtvieh zu einer ganz unglaublichen, noch niemals dagewesenen Höhe gestiegen. Die natürliche Folge hierauf war, daß die Posener Händler und Engros-Schlächter ebenfalls die Preise für ihre Ware erhöhten, und zwar derartig, daß ein Laden-Schlächter beispielsweise für Rindfleisch, welches man bisher mit 48—54 Pfennigen kaufte, ganz plötzlich 60 Pfennige und nach etwa 3—4 Tagen schon 65—68 Pfennige zahlen mußte. Infolgedessen waren die Fleischer gezwungen, ebenfalls die Preise zu erhöhen, und zwar um 10—15 Pfennige pro Pfund mit Ausnahme von Kalbfleisch, welches 20 Pfennige teurer wurde. Die Fleischer machen darauf aufmerksam, daß ihnen vom Magistrat in Polen eine gedruckte Aufforderung zugegangen ist mit dem Erischen, sich gehörig mit Vorräten zu versorgen und sich den Verdienst während der Kaiserjagd nicht entgehen zu lassen.

Warum muß aber ganz Deutschland unter dieser sündlichen Fleischsteuerung leiden? Die Seuchengefahr macht die Grenzsperrung absolut nötig, sagt der Landwirtschaftsminister. Da ist nun eine Auslassung der Allgemeinen Fleischerzeitung sehr wertvoll, in der es heißt:

Motiviert wird die Grenzsperrung seitens der deutschen Regierung mit der Angst vor Einschleppung von Tierseuchen, und die Central-

Stelle für Viehverwertung sieht mit Schrecken „den Zug des Todes“ in Gestalt von Tierseuchen aus dem Auslande dem deutschen Schweine drohen. Wenn in Deutschland Klauenseuche oder sonst eine ansteckende Seuche unter den Schweinen ausbricht, tötet man die betalltenen Tiere; die übrigen Stallgenossen, die man doch gewiss als verunreinigt bezeichnen kann, packt man unter veterinärpolizeilicher Aufsicht ins Eisenbahnwaggons, plombiert diese, schickt sie viele Meilen durch das deutsche Vaterland; in einem öffentlichen Schlachthof, der sich auf telegraphische Anfrage zum Empfang bereit erklärt hat, läßt man die Tiere unter veterinärpolizeilicher Aufsicht schlachten und überträgt das Fleisch dem Verkehr. Von solchen plombierten Schweinetransporten, die nicht mit einheimischen, seuchenfreien Schweinen in Berührung kommen, sind noch mit anderen Schweinebeständen infiziert worden; mancher Transport von derartigen sogenannten Seuchenschweinen ist z. B. aus Mecklenburg nach dem Hamburger Schlachthof befördert worden. Die Fortberitung des deutschen Fleischergewerbes ist nun die, daß gefundene ausländische Schweine, die laut Alters des ausländischen Tierarztes beim Verladen ins Ausland gesund waren und bei Ankunft an der Grenze von beamteten deutschen Tierärzten noch einmal auf ihren Gesundheitszustand geprüft werden, unter denselben Vorsichtsmaßregeln, die für „verunreinigte“ deutsche Schweine gelten, den öffentlichen Schlachthäusern zugeführt werden, also in plombierten Wagen und unter veterinärpolizeilicher Aufsicht, damit sie mit deutschen Viehbeständen überhaupt nicht in Berührung kommen können. Findet sich bei der Untersuchung an der Grenze durch die deutschen Tierärzte nur ein seuchenkrankes Tier unter dem Transport, so wird der ganze Transport zurückgewiesen und verbleibt im Auslande. Daß unter solchen Umständen keine Gefahr der Einschleppung von Tierseuchen aus dem Auslande droht, muß jedem Kinde klar sein.

* Berlin, 2. September. Der preußische Justizminister hat eine Verfügung erlassen, wonach die Amtlagerbehörden in höherem Maße als bisher darauf achten sollen, daß zu den Strafverfahren gegen jugendliche Augestalte ihre gesetzlichen Vertreter als ihre Beistände in der Hauptverhandlung gemäß § 149 der Strafprozeßordnung, angezogen werden.

Die preußische Eisenbahndirektion hat sich entschlossen, neue Versuche mit elektrischem Betriebe auf den Vorortbahnen zu unternehmen, nachdem die Versuche mit dem elektrischen Antrieb auf der Wannsee-Bahn nach zweijähriger Dauer am 1. Juli d. J. ausgegeben worden sind.

Ein offizielles Urteil über die preußische Polenpolitik. Der vandalische Krieg, der in der Provinz Posen gegen die polnische Sprache geführt wird, findet in einem Erlass des preußischen Unterrichtsministeriums eine nicht üble Kritik. Wir geben daraus folgende Sätze:

Was die Ausbreitung der deutschen Sprache betrifft, so kommt es hierbei zunächst darum an, daß man sich selber klar mache, was man in dieser Hinsicht eigentlich wolle, nämlich ob nur auf ein allgemeines Vertheilen der deutschen Sprache unter den polnischen Einwohnern dortiger Provinz hingewirkt werden soll, oder ob man die Absicht habe, die ganze Nation zwar allmählich und unmerklich, aber nichtstetigerweise so vollständig wie möglich zu germanisieren. Nach dem Urteil des Ministeriums ist nur das erstere notwendig, ratsam und ausführbar. Denn um vollkommen gute Unterthanen hin und an den Vorteile der Staatseinrichtungen teilnehmen zu können, ist es zwar für die Polen wünschenswert und nötig, daß sie die Landes- und Regierungssprache verleihen und sich in ihr verständlich zu machen wissen, es ist aber nicht nötig, daß sie deswegen ihre Stammsprache aufzugeben müßten. Allein selbst wenn man es für wünschenswert halte, den Gebrauch der polnischen Sprache nach und nach einzuführen und so das Volk entnationalisieren, so würde doch jeder direkte Schritt zu offensichtlicher Vertilgung ihrer Sprache statt, dem Ziele näher zu bringen, mit davon entfernen. Religion und Sprache sind die höchsten Heiligtümer einer Nation, in denen ihre ganze Gesinnungsart und Geisteswelt gegründet ist. Eine Obrigkeit, die diese anerkennt und schützt, darf sicher sein, die Herzen der Unterthanen zu gewinnen, welche sich aber gleichzeitig dagegen beunruhigt oder Angiffe darauf erlaubt, die verbittert und entwürdigt die Nation und schafft sich ungetreue und schlechte Unterthanen. Wer aber glauben wollte, daß es zur Bildung der polnischen Nation wesentlich beitragen würde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrthum befinden. Die Bildung eines Individuumus und einer Nation kann nur vermittels der Muttersprache bewerkstelligt werden. Nur in derjenigen Sprache, in welcher der Mensch denkt, ist auch seine Ausdrucks- und Begriffswelt und folglich das eigentümlichste und lebendigste Element seiner Bildung gegründet; er kann in fremden Sprachen viel erlernt und gesammelt haben, was er aber wirklich weiß und versteht, das weiß und versteht er nur in der Muttersprache. Ihm diese und somit ganze Vorstellungswelt nehmen und statt deren ihm eine andere fremde künstlich beigebringen zu wollen, würde ein ganz verfehlter Weg der Bildung kein Individuum sein, geschweige bei einer ganzen Nation, selbst wenn diese nicht eine so reiche, eigentlich ausgebildete und grammatisch vollendete Sprache besäße als bekanntlich die polnische. Will man für die Bildung der polnischen Nation wirklich erfolgreich sorgen, so wird dies am sichersten mittels ihrer eigenen Sprache geschehen, daß Interesse der Regierung aber wird hinzüglich beraten sein, wenn nur die deutsche Sprache als Lehrgegenstand in jede polnische Schule aufgenommen und dahin gelehrt wird, daß es die Kinder vor ihrem Abtritt aus der Schule Karlsbader Beschlüsse beschämten zu lassen.

Man könnte darnach meinen, daß der Geist Böhmis im Hause des Herrn Stadt umginge. Aber man braucht sich nicht zu ängstigen. Der Erfolg der preußischen Unterrichtsverwaltung, aus dem die vorstehenden Sätze entnommen sind, wird demnächst achtzig Jahre alt; er datiert vom 18. Dezember 1822. Preußischer Kultusminister war damals Altenstein, der Freund Engels. Herr Staubt aber ist weder ein Philologe, noch eines Philosophen Freund, sondern ein genialer Vertreter neu-deutscher Gendarmeriepolitik, die es glücklich fertig gebracht hat, sich noch von der alten deutschen Gendarmeriepolitik zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse beschämten zu lassen.

Noch eine Kritik der borussischen Polenpolitik. Wie bürgerlichen Blättern geschrieben wird, sind die Sicherheitsmaßregeln, die für den demokratischen Besuch des Kaisers in Posen getroffen werden, ganz außerordentlich. Die Posener Polizei ist durch viele Hunderte Polizeibeamte aus Berlin und Posen verstärkt und dazu kommen noch unzählige Geheimpolizisten. Im Provinzialmuseum, wo die Prunkmähe stattfinden, werden schon seit einigen Tagen die Säle Tag und Nacht durch Militär bewacht. Längs der Front nach der neuen Straße sind im Inneren seine Drahtziegel gespannt, wohl damit die Scheiben von außen nicht herausgeschütteln werden können. Der Eutritt zum Provinzialmuseum ist außerordentlich erschwert und erfolgt nur auf Karton, die vom Hofmarschallamt ausgegeben und durch dieses wieder eingezogen werden. Selbst polnischen Beamten wird der Eutritt nicht mehr gestattet. Ebenso wurden im Provinzial-Museum in den letzten Tagen wiederholt hömliche Heizkanäle und Entlüftungsrohre besonders sorgfältig untersucht. Die Prüfung und Untersuchung dieser Heizkanäle und Entlüftungsrohre wird von jeher sorgfältig erfolgen.

Gegen die polnische Presse. Gegen den Redakteur des Berlin erscheinenden polnischen Blattes Brobel ist wegen

Aufreizung zu Gewaltthäufigkeiten Anklage erhoben worden. Die Strafhat soll durch die Verbreitung des kürzlich beschlossenen Sosol-Vieberbuchs begangen worden sein.

Aus Posen wird telegraphiert: Die am Freitag abend konfiszierte Nummer der Praga wurde in der zweiten Ausgabe nochmals konfisziert. Der Redakteur wurde verhaftet und der Druck einer dritten Ausgabe unmöglich gemacht, weil die Polizei den Satz der konfisierten Nummer vernichtet.

Suspendierung des Versammlungsrechts. Aus Posen wurde unserem Berliner Parteiorgan telegraphisch mitgeteilt, daß während der „Kaisertage“, vom 1. bis 5. September, den dortigen Wirkten die Hergabe ihrer Lokale zu Versammlungen politisch untersagt wurde!

Woher könnte die Polizei die gesetzliche Bezeugnis zu einer

solchen zeitweiligen Aushebung von gesetzlichen Rechten der

Staatsbürger nehmen? Die Nachricht ist unglaublich — aber wir haben in Preußen-Deutschland schon gar Manches „glauben“

gelernt. Manche könne die Polizei die gesetzliche Bezeugnis zu einer solchen zeitweiligen Aushebung von gesetzlichen Rechten der Staatsbürger nehmen? Die Nachricht ist unglaublich — aber wir haben in Preußen-Deutschland schon gar Manches „glauben“

gelernt. Woher könnte die Polizei die gesetzliche Bezeugnis zu einer solchen zeitweiligen Aushebung von gesetzlichen Rechten der Staatsbürger nehmen? Die Nachricht ist unglaublich — aber wir haben in Preußen-Deutschland schon gar Manches „glauben“

gelernt. Aus dem Reich der Geschäftskatholiken. Man schreibt uns aus Bayreuth: Will man mit einiger Sicherheit eine große Ausregung im Lager der ultramontanen Christenheit verursachen, so braucht man nur vom Peterspennig zu sprechen und von dem in „größter Armut“ zu Rom „in der Gefangenheit“ lebenden Statthalter Christi. Das gibt dann ebenso sicher der ultramontanen Presse Anlaß zu heftiger Erregung, wie etwa des seligen Grafen Ignoribroschüre. Wer aber etwa glaubt, solche Entrüstung entspringe lediglich rein idealen Motiven und der Sorge um die Existenz des heiligen Vaters, der dürfte sich wohl irren. Denn von dem Ereignis der Sammlungen entflieht ein nicht geringer Teil in die Taschen oft mal sehr wenig heiliger Geschäftslute und so erklärt sich wohl auch die groÙe Empfindlichkeit der „guten Presse“.

Wie ungernichtet dieses saubere christliche Geschäft betrieben wird, davon zeugt ein vertrauliches Rundschreiben, das vom internationalen Comitee für das Papstjubiläum 1902/03 von Bologna aus versendet wird. Das Cirkular ist an die katholische Presse gerichtet und bittet diese, mitzuwirken, daß sich die ganze katholische Welt an einer Sammlung beteilige, aus deren Erträgnis dem Papst eine goldene Tiara verhext werden soll. Die Redaktionen sollen u. a. selbst Spenden entgegennehmen, die Sammellisten ganz oder gekürzt abdrucken und Kollekteure aus den Abonnentenkreisen gewinnen.

Und dann heißt es wörtlich: „Sie selbst werden sich für die Unkosten an den einlaufenden Spenden schadlos halten!“ Also eine Beteiligung am „Geschäft“ in aller Form. Und die Provisionen, die gezahlt werden, sind nicht gering. Wird doch mitgeteilt, daß im Jahre 1901 an „Beiträgen kindlicher Liebe“ 268 188 Lire eingingen, während der Papst davon nur 219 297 Lire erhielt. Der bescheidene Rest von 48 891 Lire ging — entgegen den Intentionen der frommen Geber — andere Wege.

Über mit dieser rein materiellen Beteiligung der Presse ist die Sache noch nicht abgehängt. Das Comitee weiß genau, daß katholische Journalisten und Verleger nicht minder durch Kenntnisslosigkeit geplagt sind, wie andere Menschenfinder, und so schließt denn das Rundschreiben mit diesem Angebot:

„Um sodann seine Dankbarkeit für den Beitritt und die geleistete Hilfe auszudrücken, wird unser Internationales Comitee sehr gern von Ihnen die Namen einiger zur Redaktion gehöriger Personen entgegennehmen, welche es im Februar 1903 zur Deklarierung in Vorschlag bringen möchte, eine für das Verdienstkreuz mit Diplom, zwei für die Verdienstmedaille nebst Diplomen, und zwar dieses zu dem Kreuze, welches Ihnen anzubieten das Comitee sich die Ehre geben wird, sollten Sie dasselbe nicht schon früher erhalten haben.“

Auf eine so verlockende Offerte wird die katholische Presse natürlich um so lieber eingehen, als keinerlei Risiko damit verbunden ist. Das Geschäft ist auch viel glatter und bequemer abgewickelt, als z. B. die Veranstaltung von Pilgerzügen, wobei ja auch nicht schlecht verdient werden soll. So erklärt es sich wohl auch, daß trotz der schlechten Zeiten in Rom immer wieder Anlässe zu neuen Jubiläen gefunden werden. Die Hauptfahrt bleibt halt doch, daß das christliche Volk seine Schatzgeduld nicht verliert, wenn es so unaufhörlich von den Geschäftskatholiken geschöpft wird.

Keine politische Nachrichten. Milner erließ eine Verordnung, nach welcher jeder erwachsene männliche Eingeborene eine Kopfsteuer von jährlich zwei Pfund zu zahlen hat. Man glaubt, daß diese Maßregel zur Lösung der Arbeiterfrage beitragen werde.

— Dem armenischen gregorianischen Patriarchen Ormanian wurde gestern vom Vladi-Palais mitgeteilt, daß das Judentum betreffende Aushebung der Ausnahme-Maßnahmen gegen die Armenier unterzeichnet worden sei. Ormanian hat infolgedessen seine Demission zurückgezogen. — Durch veröffentlichte Bekanntmachungen werden die Bestimmungen verschiedener Abschnitte der Crimes Act auf weitere sechs Grafschaften und die Städte Dublin und Ameria ausgedehnt. Der Abschnitt über summarische Rechtsprechung wird in gewissen Districten dieser Grafschaften in Anwendung gebracht, ebenso auch in Dublin und Ameria.

Schweiz.

Die „Kassations“ wählen.

Wir teilten schon gestern den Sieg der Genossen von Zürich-Aussicht bei den Kantonsratswahlen mit. Nachdem der sozialdemokratische Wählerfolg des 27. April die bürgerlichen Parteien zu dem elendesten Verhützungszug gegen das Wahlrefusstout aufgestellt hatte, und man freimüdig erklärte, daß das Recht sich der Moral, natürlich der bürgerlichen Klassenmoral, zu bogen habe, durfte man offiziell gespannt sein, wie des Volkes Stimme über diesen Hergang urteilen würde.

Am 31. August haben die kassierten Wahlen vom 27. April ihre Rache gefunden. Während die 12 bürgerlichen Kandidaten samt und sonders um einige hundert Stimmen hinter dem Ergebnis vom 27. April zurückgeblieben sind, haben die sozialdemokratischen Kandidaten 1200 bis 1300 Stimmen mehr erhalten. Und dieselbe Kandidat, von dem die Mehrheit der Kassationskommission behauptete, daß er unzweifelhaft nicht gewählt worden wäre, wenn keine Wahlfälschungen verübt worden wären, dieser selbe Kandidat — Genosse Roon — hat 2000 Stimmen mehr auf sich vereinigt als derjenige Kandidat, der auf bürgerlicher Seite die höchste Stimmenzahl erhielt. Einen besseren Wahlglücksfall als dieses bürgerliche Attentat auf Volksrechte konnte man sich nicht denken.

Rußland.

Russische Geheimpolizei im Ausland.

xxx Eine ganze Reihe von Thatsachen der letzten Zeit spricht dafür, daß der neue russische Minister des Innern,

v. Plehwe, mit Hochdruck auf eine noch raffiniertere Ausgestaltung des Geheimagentendienstes hinarbeitet. Dabei scheint er es ganz besonders auf das Ausland abgelehnt zu haben. Es hieß in diesem Frühjahr, daß der berüchtigte Spionenhäuptling von Moskau, Subatow, mit seinem Generalstab einigen europäischen Staaten eine Visite abstatten wolle, daraus scheint aber nichts geworden zu sein. Nun liegen aber Nachrichten vor, daß vor kurzem doch noch eine Expedition abgegangen sei, die die russische Geheimagentur in Polen in Berlin, Zürich, London, Brüssel und noch einigen anderen Städten auszulandschaften habe. Verhaftungen, die auf der Grenze in der letzten Zeit stattgefunden haben, ließen erkennen, daß es wieder einmal eine unabwendbare Notwendigkeit ist, auf alle Personen, die mit den Kolonien im Auslande in Verbindung zu treten suchen, ein scharfes Auge zu lenken. Man scheint nun einem der Edlen auf die Spur gekommen zu sein: es ist ein gewisser Isaak Persich aus Moskau, der den Versuch gemacht hat, in die verschiedenen sozialistischen Parteien einzudringen; so unter anderem auch in die österreichische in Lemberg, in die deutsche und italienische Sektion in St. Gallen und zuletzt in den deutschen Arbeiterverein in Genf. Es ist nachgewiesen, daß er in den Jahren 1898/99 russische Spionsdienste geleistet hat. In einer gemeinsamen Sitzung der Delegierten verschiedener Nationalitäten in Genf am 22. August ist es beschlossen worden, auf den genannten Isaak Persich aufmerksam zu machen und vor ihm zu warnen. Isaak Persich ist 28 Jahre alt, hat blondes Haar und Bart von der gleichen Farbe, sein Gesicht ist rund, die, etwas gekrümmte Nase, rosige, etwas schielende Augen, spricht deutsch, polnisch, russisch, französisch, italienisch, arabisch und den jüdischen Jargon.

Frankreich.

Zevads Absatz von der Arbeiterpartei. — Zum gesetzlichen Kongress.

(*) Paris, 31. August. Innerhalb der gesetzlichen Föderation des Isère-Departements ist es seit einiger Zeit zu einer Spaltung gekommen. Die Schuld davon trägt der frühere gesetzliche Abgeordnete von Grenoble, Alexandre Bébados, ein noch junger Mann, der sich durch eine unermüdliche agitatorische Tätigkeit sowie durch seine parlamentarische Wirksamkeit in der früheren Kammer einen guten Namen in der französischen Arbeiterpartei gemacht hat. Seit seiner Deputiertenwahl 1898 gewann er einen großen Einfluß in Grenoble und im ganzen Isère-Departement. Sein Erfolg in den letzten Kommunalwahlen scheint ihn aber zu Absplitterungsgedanken geführt zu haben. Als sein erster persönlicher Seitensprung ist der Stichwohlaufzug zu betrachten, worin er um die bürgerlich-republikanischen Stimmen warb in einer Weise, die am wenigsten mit dem streng-gesetzlichen Standpunkt vereinbar war. Er berief sich da auf die „Menschenrechte“ von 1789 genau so, wie es dem verirrten unter den jaurealistischen Kandidaten anstehen würde. Der Streit kam zum Ausbruch, als Zevads sich des Grenobler Tagblattes Droit du Peuple (Volksrecht) bemächtigte, das bis dahin unter seiner Chefredaktion das offizielle Organ der gesetzlichen Föderation war, um die Leitung der Parteiorganisation durch seine persönliche Leitung zu erneuern. Dann vervollständigte er seinen „Handstreich“ gegen das Parteiblatt, wie das gesetzliche Manifest sich ausdrückt, durch Gründung einer „Sozialistischen Partei von Grenoble“, die nach hierauslande bekannten Müttern ganz „autonom“, d. h. in lokaler Selbstherrschaft verbleiben will.

In der letzten Nummer des Socialiste, des wöchentlichen Centralorgans der Arbeiterpartei, wird das Manifest der Isère-Föderation gegen Zevads und Genossen veröffentlicht. Es heißt da u. a.: „Wir sind nicht gewillt und Ihr, Arbeiter, werdet nicht gewillt sein, Euer Befreiungsideal zu verlassen, Euer Recht auf die Revolution gegen ein Vinsengericht zu vertauschen, d. h. gegen einige Wahlkombinationen oder einige Augenblickserfolge. Erfolge dieser Art sind schlimmer als Niederlagen; sie führen notwendig zur Ohnmacht und zum Absatz auf der einen, zur Enttäuschung und Entmütigung auf der anderen Seite. Diese neue Taktik, zu welcher man die sozialistische Partei hinzutreten möchte, ist nichts als Presserei oder gefälschte Illusionen seitens derjenigen, die eine Fraktion der Bourgeoisie zu erobern versprechen oder glauben, während es die letztere ist, die sie erobert... Heilen wir uns von Persönlichkeit. Möge unsere Achtung und unsere Bewunderung gegenüber einem Genossen, der unserer Sache große Dienste geleistet haben mag, nicht in blinde und vernünftlose Ergebenheit umschlagen...“ Die zahlreichen Unterschriften von Gruppen-Schriftführern und -Kassierern, von Gemeinderats-, Generativen- und Bezirksrätsmitgliedern des Departements, die das Manifest tragen, beweisen, daß die Hauptkräfte der Föderation der Arbeiterpartei treu geblieben sind. Der Absplitterungsversuch eines Mannes, wie Zevads, dem überdies ein ziemlich verbreitetes Tagblatt zur Verfügung steht, bleibt nichtsdestoweniger von trauriger symptomatischer Bedeutung. Neben den zwei großen Landesparteien und der almanistischen, auf Paris und Umgebung beschränkten „Partei“ gibt es jetzt in Frankreich einige von vornherein lokale „Parteien“, logische und thätsächliche Missbildungen, die keinen anderen Existenzgrund haben als die allgemeine Verküpfung des französischen Sozialismus, ein Boden, auf dem persönliche und lokale Selbstherrschaftsgelüste üppig gedeihen und ihrerseits die Desorganisation fördern.

Die Tagessordnung des 20. Kongresses der französischen Arbeiterpartei (21. bis 24. September zu Issoudun) ist auf Antrag mehrerer Föderationen vom Nationalrat (Parteivorstand) durch drei Punkte vervollständigt worden: Schaffung eines täglichen Centralorgans, die Kongregationen und der Antiklerikalismus, das Agrarprogramm der Partei und die Propaganda auf dem Lande. Sonst enthält die Tagessordnung neben den Geschäftsberichten und den Berichten der Deputierten und Gemeinderätsmitglieder folgende Verhandlungen gegenstände: Die erste allgemeine Wahlcampagne und ihre Folgen; das Funktionieren der revolutionär-sozialistischen Einigkeit; Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Der gesetzliche Kongress geht bekanntlich unmittelbar dem ersten Kongress der revolutionär-sozialistischen Einigkeit voraus, welcher letzterer in Commeny (Allier) vom 25. bis und mit 28. September tagen wird.

Hierzu eine Beilage,

Kandels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Leipzigs.

Nächsten Sonntag den 7. September 1902

GROSSES SOMMER-FEST

bestehend in Konzert und Ball sowie Belustigungen aller Art für Erwachsene und Kinder
in sämtlichen Räumen des Etablissements Albertgarten zu Leipzig-Anger-Großendorf.

Die Musik wird aufgeführt vom Neuen Leipziger Musik-Orchester unter persönlicher Leitung des Directors Herrn G. Schütz.

Anfang nachmittags 3 Uhr.

Ende wenn die Krähne hähn.

[7824]

Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag, 4. September, abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gambrinus, 2.-Connewitz, Biedermannstr.
Tagesordnung: Vortrag über: Der Werdegang des Menschen.
Gäste sind willkommen!
Zahlreichem Besuch der Mitglieder steht entgegen

Der Vorstand.

Leipziger Centraltheater.

Dienstag den 2. September
8 Uhr abends:

Grosse Vorstellung.

Ellen Vendée Charles Serra
Deutsche Gesangs-Soubrette. Handstand-Künstler.

Willon Rämbler-Company
Jongleurscene im Restaurant.

Les 3 Perez Bertha Pertina
Leiter-Equilibristen. Akrobatische u. Fussspitzen-Tänzerin.

Miss Etta
Transformations-Akt am Trapez.

[7802]

The Louisiana Amazon Guard

Amerikanisches Gesangs- u. Tanz-Ensemble.

Emmy Raabe-Burg Georg Kaiser
Koloratur-Sängerin. Humorist.

E. Merians
Hunde-Pantomime.

Messters Kosmograph.

Schuhwaren. Auf dem Fleischerplatz
Promenadenseite [7822]
Bude 66
kaufen Sie Ihre Schuhwaren stauend
billig. Bude 66. Bude 66.

Waldmeister-Cigarette
von A. Tuma, Dresden

überall zu haben, [7827]

Engros-Versand, Leipzig, Grimmaische Str. 31.

Prämiiert mit gold. Medaille.

Kraft-Rotwein

Blutarmen

und Kranken

ärztlich

empfohlen

Flasche 1,60

und 2,10,-

läufig

in allen

apotheke, Drogen- u. Delikatesshandl.

empfiehlt Dr. von Walek.

Bade-Artikel

Kinder-Nährmittel, stets frische

Badung [6715]

Medizinalweine

Verbandsstoffe

Spülkannen, Spritzen

empfiehlt billig

Gustav Hoffmann

Drogen-Handlung

J.-Anger, Gewerbeaudorfer Straße 6.

Empfiehlt meine
Damenbinden

Gummibinden für Massage, Wochen-

und Krankenpflege. [8110]

Hilfseringenbogen, Halsketten für

zahnende Kinder. Preisliste 30 Pf.

Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

Empfiehlt sämtliche

Gummiwaren

zur Wochen- und Krankenpflege.

Karl Klose, Leipzig 40, Brühl 5.

Haupt-Preislisteverschl., geg. 20 Pf. Marke.

Damen finden separate Frauenbedienung.

Für Herrenleiden Gossmann, Ver-

treter der Naturheilkunde, Für Frauen-

leiden Frau W. Gossmann, Leipzig-

Lindenau, Josephstraße 34. [7809]

Empfiehlt billig

Hermann Wrück, Leipzig

Sterntwartenstraße 44. [8616]

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Sitz vorrätig:

Illustrirter

Nene Welt-Kalender

für das Jahr 1903.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Preis 40 Pf.

Bei Einzelbezug bitten wir um Einsendung
des Vertrages, nebst 10 Pfennig für Porto in
deutschen Briefmarken.

Inhalt: Kalenderblatt. — Poststellen. — Städtekalender. — Märkte. — Im Kreise des Jahres. — Pharao's Traum. Von Emil Wolens (mit Illustrationen). — Morgenrot. Gedicht von Ludwig Uhland. — Weisse Aufgaben stellt die Sammlungsabteilung der Bürgerlichen Schule. — Von Curt Freudenberg. — Postkarte. Gedicht von M. Seidel. — Bruno Schönenlau. Von I. A. (mit Portrait). — Ein Blühpfeil. Erzählung von Robert Schröder (mit Illustrationen). — Karl Büffel. Von Hermann Treusch (mit Portrait). — Die Nagelbahn und die australische Tiere. Von Max Schöppel (mit Illustrationen). — Der Sonn' entzogen. Gedicht von Ludwig Reisen. — In St. Gallen. Von I. A. — Wie man von 150 Jahren Buchbindergeselle wurde. Von Dr. Wolf Braun. — Was' was' versteht Du davon? Eine von Helma Steinbach. — Wie liegt man die Gedet' Von Dr. Bruno Borchart (mit Illustrationen). — Australische Revolutionen. Von A. Demmer. — Prüfung von Schiffsmodellen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Spilltrieb. — Auf der Rechenmaschine. Gedicht von C. Preysing. — Fliegende Blätter. — Uebertitel. Von R. K. — Für untere Blätterschicht. — Trichterfeß- und Brüderfeß.

Hierzu vier Kupfer: Deputation der Kohlengräber. — Von der Arbeit — Rost — Verregnets Geh. — Ein Verlaubsende auf Kunstdrausopfer: Mühle. — Ein Bankalender.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Aussträger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an.

Bettstelle mit
Matratze
Schränke
Vertikos
Kommoden
Küchenchränke
Sofas
Divans
Chaiselongue
Spiegel
Kinderwagen
Uhren
Regulateure

5896] mit

5 Mark

Anzahlung

nur bei

S. Osswald

Königplatz 7, I.

vis-a-vis

der Markthalle.

Kaufan Sie

Ihre

[7474]

Schuhwaren

nur bei

Max Tack

Reichsstrasse

33/35

neben dem Reichsmagazin.

Fahrradklarner

v v v Elisenstrasse 12

repariert

Nähmaschinen

aller Systeme.

Kohlen und Briketts Carl Einführer.

Reudnitz: Felixstr. 31 und Dresdener Str. 54; Leipzig: Ranstädter Steinweg 49

Reudnitz: Felixstr. 31 und Dresdener Str. 54; Leipzig: Ranstädter Steinweg 49

Berantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Konkurs-Möbel-Verkauf

ber

Thilo Dobischschen Konkursmasse.

Von jetzt ab kommen nebst anderen Möbeln,
kompl. Ausstattungen im bisherigen Ge-
schäftsräum Schöneberg, Leipziger Str. 89,
zu festgesetzten Kaufpreisen zum Verkauf.

Transport frei. Gefüllte Möbel können

festlos stehen bleiben.

Hand- u. Leiterwagen b. Pl. Bischöf. Str. 31b,
Kinderwagen billig zu verl. Städterg.
Mühlauer Str. 4, bei Werner.
Schwarzer Langhals-Hahn billig zu verl.
Gohlis, Menkenstr. 27, Schindler.

Wohnungsanzeigen.

Wohnungen der Neuzelt entspr. einger.
300-825 Mt. Lind, Werleburger Str. 80,
Logis, Stube, 2.Kamm., R.u.K. f. 170 Mt.,
1.Oft. u. v. Aufr. Werleb. Str. 11, S. II. r.

Wohnung zu vermieten

Lindenau, Gerder Str. 21, I. L.

Freundliches Logis zu vermieten

Schleußig, Jahnstr. 17b,

Große leere Stube zu vermieten

Plagwitz, Mühlener Str. 1, I. L.

Logis, St. R., S. 1, 150 Mt. g. 1. Oft. zu

verm. Schleußig, Probststr. 6, Gärtner.

Leere Stube ob. Schlafl. sof. ob. spät. zu

verm. Kleing. Baumannstr. 14, III. r.

Viel. 2.entr. Zimmer als Schlafl. an

Herrn zu verm. Körnerstr. 11, II. r.

Bessere Schlafl. für Herrn zu verm.

Körnerstr. 21, S. III. I.

Schlafl. zu vermieten

Städterg., Christian Weiß-Str. 4, III. r.

Freundliche Schlafl. zu vermieten

Leopoldstr. 28, II. I.

Schlafl. f. Herrn; Damen einz. Stüb.

zu verm. Lindenau, Clemmingsstr. 1, III. r.

Ja-Weite 1. Et. Log. sof. ob. 1. Oft. in Neut.

ob. Volk. W. J. Lin., Aurelienstr. 25, III.

Vermischte Anzeigen.

Möbelzuhren mit Möbel- oder Roll-
wagen, sowie Einlagerung von
Möbeln übernimmt Hans Eitner,
Bücherstraße 2.

Bilder werden billig eingerafft Anger,
Bernhardstr. 27, II. L. C. Junghans.

Jg. verh. Mann f. f. nachm. leichte Beschif.

Aber. erb. u. W. J. Lind, Murellstr. 25, III.

Tücht. Möbeltischler

für polierte Arbeit suchen [7801]

J. & G. Gottschalk, Salomonstr. 14.

Unabhängige Wickelmacherin gesucht

Connewitz, Waldfstr. 30, I.

Plättlernende w. gef. Lehrzeit 6 Wochen.

Lindenau, Hellmuthstr. 18, I. r.

Aufwartung v. 1/7 - 4 f. 14 Tage gesucht.

Anger, Breite Str. 1, II. L. (Grüne Schänke).

Ein Kind anständiger Familie wird in

Pflege genommen. Näheres Anger,
Weihenbüttelstr. 6, IV. M.

Gold. Herrenzettel verloren, gesuchtet

P. N. gegen hohe Belohnung abgegeben

Schuhgeschäft Tauchaer Str. 26. [7823]

Sonnt. schw. Sonnenchein Leipz. Wiesen-
bei. Abzug. g. D. u. V. Pl. Biegelstr. 2, I. r.

Gegen den Fleischwunder

geleistete gestern abend die arbeitende Bevölkerung Leipzigs in vier gut besuchten Volksversammlungen. Im Pantheon war er Anderang so hart, daß der Saal frühzeitig abgesperrt werden mußte. Die in der Versammlung selbst angegebene Teilnehmerzahl von 1500 war offensichtlich zu tief gewissen. Im Felsenkeller zu Plagwitz waren mindestens 2500 Personen, in der Goldenen Krone zu Connewitz etwa 800 und im Wirkenschlößchen zu Wahren 700 Personen erschienen.

Es ging ein frischer Zug durch die Versammlungen, der für die nächsten Reichstagswahlen zu den besten Hoffnungen bereitgestellt. Die Volksausruhierung durch die Agrarier rißtelt die Arbeiter auf, und es wird dafür gesorgt werden, daß die jetzige Bewegung immer mehr an Umfang gewinnt.

Die gestern abgehaltenen Versammlungen nahmen folgende Resolution an:

Die aus allen Schichten der Bevölkerung besuchte Volksversammlung erhebt energischen Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung der Grenzperre, die den Mangel an Schlachtwieb erzeugt und dadurch die jetzige Fleischsteuerung hervorgerufen hat.

Den Einwand, daß die Grenzperren notwendig seien, um der Einschleppung von Seuchen vorzubeugen, erkennt die Versammlung als nicht stichhaltig an, wie ja auch selbst Landwirte und Gelehrte im allgemeinen diese angebliche Gefahr nicht anerkennen. Auf keinen Fall ist es aber angängig, zur Abwehr der angeblichen Seuchengefahr die Grenzen dauernd und in dem heutigen geübten Umfang zu sperren.

Die Grenzperre liegt im ausschließlichen Interesse der Agrarier, während die große Mehrheit des Volkes schwer darunter zu leiden hat, ebenso auch die Berufszweige der Schlachterei und der Fleischverarbeitung.

Die Grenzperre ist eine soziale Ungerechtigkeit, die eine schwere direkte Belastung der Konsumanten zur Folge hat, weil die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, daß nötige Schlachtwieb zu liefern, infolgedessen Teuerungspreise einzutreten müssen, wie wir sie jetzt haben.

Die Versammlung erblickt in der Grenzperre einen Akt der Viehabschöpfung zu Gunsten der Agrarier und fordert die Reichsregierung категорisch auf, die Grenzperre aufzuheben.

Ebenso fordert die Versammlung auch die sächsische Regierung und den Rat und das Stadtverordnetenkollegium in Leipzig auf, in diesem Sinne thätig zu sein.

Gleichzeitig protestiert die Versammlung auch gegen alle Zölle auf Lebensmittel, wie überhaupt gegen jegliche indirekte Besteuerung, und verweist hinsichtlich der Ausbringung der für Reich und Bundesstaaten nötigen Mittel auf die Wege, die die Sozialdemokratie zu diesem Verhuse vorschlägt und in den Parlamenten schon unzählig vertreten hat.

Ueber die einzelnen Versammlungen ist folgendes zu berichten:

Schon lange vor 8 Uhr war der Saal des Pantheon dicht besetzt und immer neue Mengen strömten herzu. Kurz nach 8 Uhr wurde der Saal gesperrt. Seltens hat das Pantheon eine so große Versammlung gesehen. Genosse Schöpflin sprach etwa 1½ Stunden, wiederholte von Befall und Zustimmung unterbrochen, über die gegenwärtige Fleischnot. Er ging von der Bekanntmachung der Leipziger Fleischsteuerung aus, die die gegenwärtige Fleischsteuerung lediglich mit dem Mangel an Schlachtwieb begründet habe. Einige Innungen seien in ihren Kundgebungen weniger loyal gewesen und hätten auf die Grenzperre hingewiesen. Und darin sei auch der Grund der Fleischsteuerung und der Hungerpreise zu suchen. Der Redner weist dann zärrnmäßig nach, daß wirklich ein Mangel an Schlachtwieb herrsche. Amtlich sei in diesem Jahre ein bedeutender Rückgang an Schweineabschlachtungen gegen das Vorjahr festgestellt. Wenn selbst die sächsische Regierung, wie es geschahen sei, ein Gesuch der Fleischhersteller an die Reichsregierung um Aufhebung der Grenzperre beschwore habe, so sei das ein Beweis, daß es mit der Fleischnot weit gekommen sei. Auch bürgerliche Blätter, wie der amtliche Dresdener Anzeiger, die Thüringer Allgemeine Zeitung, die Deutsche Woch in einem Eingesandten hätten die Ursache der gegenwärtigen Not in der Grenzperre erkannt. Dagegen hätten es die Leipziger Neuesten Nachrichten fertig gebracht, über den gegenwärtigen Notstand zu spötteln. Eine solche Handlungswelt sei unter aller Kritik und es sei zu bedauern, daß der Referent besprach dann die Steigerung der Fleischpreise in den verschiedenen Städten und Gegenden und wies an der Hand

der Statistik nach, daß Sachsen die höchsten Fleischpreise habe. Ebenso wies er es zärrnmäßig als ein Märchen zurück, daß im Auslande die Fleischpreise höher seien als in Deutschland. Die Böllerwanderungen, die stets und ganz besonders gegenwärtig in den Grenzgegenden täglich stattfinden, um einige Pfund zölfreies Fleisch herüberzuholen, zeigten deutlich, daß das Fleisch in Russland, Böhmen, der Schweiz bedeutend billiger sei als bei uns. In dem Konsum der Leipziger Bevölkerung berechnet dann der Referent die Belastung, die dem Volke durch die Fleischölle aufgezehrt werde. Diese Belastung werde aber steigen, wenn der Bollarkt der Regierung mit den höheren Bollänen durchgehe. Noch schlimmer werde es aber werden, wenn gar die Vorschläge der Bollarktisskommission Gesetz werden sollten. Während gegenwärtig die Belastung pro Kopf der Bevölkerung etwa 3 Mk. beträgt, würde sie sich nach den Sätzen des Regierungstarifs auf etwa 8,80 Mk. und nach denen der Bollarktisskommission auf etwa 12 Mk. belaufen. Bei dieser Rechnung sei in Betracht gezogen, daß nicht nur nicht das eingeführte Fleisch den Vertrag des Volles verteuert wird, sondern das gesamte konsumierte Fleisch. Der Bollarkt sei gar nicht geeignet, der Landwirtschaft aufzuhelfen, denn er schädige die Industrie und schwäche deren Kaufkraft. Der Redner gelte dann den Bollarkt als eine Ungerechtigkeit, die um so größer sei, als man selbst in den leitenden Kreisen der Regierung überzeugt sei, daß es mit der Not der Landwirtschaft nicht so schlimm sei, wie es noch dem Gesetz der Agrarier den Anschein haben könnte. Aber die Regierung stehe unter dem Druck einer zwar kleinen, aber mächtigen und einflussreichen Gruppe. Es sei unerhört, daß einige Tausenden auf Kosten des deutschen Volkes Millionen und immer wieder Millionen zugeschaut werden sollen. Ausführlich geht dann Referent auf die agrarische Politik und auf die Vergangenheit des Junkertums ein. Er weiß nach, daß das Junkertum in Wahrheit eine nationale Gefahr sei, der mit Entschiedenheit begegnet werden müsse, denn die Wucherpolitik der Junker bedeute nicht nur verteuerte Lebensmittel, sondern die hohen Lebensmittelpreise bedeuten auch Unterernährung. Die Unterernährung beeinflußt aber die Lebenskraft des Volles auf das allergrößtmögliche. Der Redner sieht dann noch die übrigen Parteien in seiner Kritik Neurei passieren, wobei auch der nationalliberale Vertreter von Leipzig, Dr. Hesse, der nur hinter verschlossenen Thüren rede, schlecht wegkommt und empfahl den Anwesenden, bei den nächsten Reichstagswahlen dafür zu sorgen, daß am Stelle Hesses unser Genosse Motteker in den Reichstag einzösche. Darauf, langanhaltender Befall folgte dem Vortrage. Da sich trotz wiederholter Aufforderung, auch an die Gegner, niemand zum Worte melde, sandt die Versammlung, nachdem die Resolution einstimmig bestimmt worden war, gegen 10 Uhr ihr Ende.

Im Wirkenschlößchen zu Wahren hatte sich eine ungewöhnlich zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Der Redner in dieser Versammlung, Genosse Grenz, wies darauf hin, daß aus allen Teilen Deutschlands die Nachricht von der Steigerung der Fleischpreise kommt, was bei der gegenwärtigen Depression, unter der die Arbeiter zu leiden haben und angehoben des herannahenden Winters im Volke einen Sturm der Entrüstung hervorrufen müsse. Die Maßnahmen der Fleischer sind auf das Verhalten der Regierung zurückzuführen und dies steht wiederum unter dem Einfluß der Junker. Die Versteuerung der Lebensmittel sei eine Verteilung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände, sie sei die Folge davon, daß die Vermittler der Armen Tribut an den Staat zu zahlen haben. Das Versprechen, die immer mehr steigenden Ausgaben für den Militärismus auf die tragfähigeren Schultern zu legen, sei nicht eingeholt worden. Unter dem System der indirekten Steuern sei eine Steuerverteilung nur bei Gefahr des Verhungerns möglich. Der Redner schlägt sodann eingehend die Entwicklung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel, er kommt auf die Weltmarktpolitik zu sprechen, die neben der gesetzlichen Produktionsweise die wirtschaftliche Krise noch verschärfe und weist an der Hand der Beschlüsse der Bollarktisskommission nach, welche enorme Versteuerung der notwendigsten Lebensmittel der breiten Masse noch weiter in Aussicht genommen ist. Könnte man sich nicht dazu entschließen, durch eine gründliche Aenderung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung die vorhandenen Zustände zu beseitigen, so bleibe nur noch die Einführung einer progressiven Einkommensteuer übrig. Heute habe das Volk lediglich mit der Fleischsteuerung zu kämpfen, Soldat zu spielen und das Maul zu halten. Den Agrarikern seien aber die bisherigen Versteuerungen der Lebensmittel noch nicht genügend. Auf ihr Betreiben sei auch die Vorlage über die Fleischsteuer, die eigentlich zum Schutz der Gesundheit eingebracht worden sei, so gestaltet worden, daß sie einen Schutz für das nationale Schwein bilde. Obgleich zur Zeit der Krise der Fleischkonsum zurückgegangen sei, seien die Landwirte nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Wenn aber die Grenzperre nicht aufgehoben wird, so werde das Fleisch nicht mehr als Nahrungsmittel, sondern ausschließlich als Lederstoff dienen. Auf dem Leipziger Schlachthof seien in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 288 000 Stück Fleisch geschlachtet worden, worauf jetzt schon eine künstliche Versteuerung von 1537 000 Mk. oder 3 Mk. pro Kopf der Bevölkerung ruht. Wenn nun eine Erhöhung von nur 5 Pg. eintritt,

oder wenn gar die Absichten der Bollarktisskommission verwirklicht werden, so würde das einen Preisanstieg von 6½ Millionen Mark oder 12 Mark pro Kopf der Leipziger Bevölkerung bedeuten. Es besteht deshalb für jeden die Pflicht, energetisch Protest zu erheben, damit es nicht den Amtchen gewinne, als lasse sich das Volk nach dem Rezept der Agrarier das Fell über die Ohren ziehen. (Lebhafter Befall.)

In der sich anschließenden Diskussion wurden diejenigen Zustände als die Folgen der Sammelkraft der Arbeiter bezeichnet, die sich bisher zu wenig um ihre Interessen gekümmert hätten. Es müßte ein dauernder Protest erhoben und die Arbeiter verpflichtet werden, sich zu organisieren, die Arbeitersprese zu abonnieren und die Lokalfrage zu beachten. In seinem Schlusssatz richtet der Referent besonders herzergewisse Worte an die Frauen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten seien agrarischer geworden als die Agrarier selbst, obgleich sie angeben, den Mittelstand schützen zu wollen. Leider werde diese Presse immer noch von einem großen Teil Arbeiter unterstützt. Die Bauernformel, durch die bessere Zustände herbeigeführt werden können, sei Agitation und Organisation.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Versammlung im Felsenkeller zu Plagwitz sprach Referent Jaech. Der Referent ging davon aus, daß die herrschende Fleischsteuerung nicht partell, sondern allgemeiner Natur und offenbar in dem Unvermögen der deutschen Landwirtschaft begründet sei, die Fleischproduktion auf die Höhe des Bedürfnisses der Bevölkerung zu bringen. Gerade in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Krise und des allgemeinen Rückgangs des Konsums, insbesondere des teureren Fleischkonsums, sei eine allgemeine Fleischnot, wie die bestehende, ein sozialrälicher Beweis dafür, daß die deutschen Konsumen auf die Einfuhr von ausländischem Fleisch angewiesen seien. Diese sei aber durch gesetzgeberische und behördliche Maßregeln in den letzten Jahren abgewehrt erweitert worden, und so sei die Grenzperre die eigentliche Ursache des jetzigen Kalamität geworden. Diese selbst sei nur ein Ring in der Kette einer Reihe von Maßnahmen ausschließlich agrarischen Charakters, die mit dem Fleischbeschaffungssatz angefangen haben und mit dem Bollarkt abschließen werden. Die Agrarier haben das offenkundige Bestreben, die Lebensmittelversorgung der verhaktten Großstädte zu monopolisieren und durch die künstliche Versteuerung aller notwendigen Konsumgegenstände die städtische Bevölkerung auszuwünschen. Dazu sei die Verfestigung der Grenzen eine notwendige Voraussetzung, und die agrarische Politik gehe seit Jahren darauf aus, diese Voraussetzung durch Einfuhrverbote oder durch unübersteigbare Zollmauern, durch Verkrüpfung oder mit Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen. Redner beleuchtete sodann an der Hand des städtischen Verwaltungsbüros die Versteuerung des Fleischkonsums, die durch diese Maßnahmen speziell für die Stadt Leipzig geschaffen worden sei. Nach dem Bericht aus dem Jahre 1900 erreichte der Fleischkonsum in Leipzig rund 80 Millionen Kilogramm. Legt man die jetzigen Zollsätze für die verschiedenen Fleischsorten zu Grunde, so läßt sich eine Zollbelastung für Leipzig von 1680 000 Mk. berechnen. Der Fleischaufschlag von 5 Pg. für das Pfund bringt eine weitere Versteuerung von rund 8 Millionen Mark, so daß die ganze Mehrbelastung durch Zölle und Grenzperre bereits jetzt über 4½ Millionen Mark allein für Leipzig beträgt. Würden aber die Zollsätze Gesetz werden, die die Bollarktisskommission in erster Linie auf die verschiedenen Fleischsorten gelegt habe, so würde sich die Zollbelastung für Leipzig auf 6300 000 Mk. berechnen, d. h. pro Kopf der Bevölkerung auf 12 Mk., während diese jetzt bereits 10 Mk. beträgt. Die Fleischsteuer würde also danach eine dauernde Institution werden. Redner beleuchtete von hier aus die Mittelstandspolitik der Konservativen und schloß mit einem warmen Appell an die Wähler, für die bevorstehenden Reichstagswahlen die Konsequenzen aus den Zuständen zu ziehen, von denen sie jetzt bereits einen Vorsgeschmack bekommen haben. In der Diskussion wurde auf das Verhalten der Leipziger Presse und die Bedeutung der wirtschaftlichen Organisation für die Arbeiterschaft hingewiesen, worauf der Referent in einem Schlusssatz die verschiedenen Momente kurz zusammenfaßte und nochmals an das politische Gewissen der Bevölkerung der Stadt Leipzig appellierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Versammlung in der Goldenen Krone in Connewitz möchte der Referent, Stadtverordneter Genosse Lange Einsgangs seines Referates auf den Ablauf der Handelsverträge im nächsten Jahre aufmerksam und führt aus, daß jetzt schon der Kampf der Interessenten mit einer Heftigkeit tobe, wie es nur bei einem Kampf, wo materielle Interessen in Frage stehen, der Fall sein könne. Obgleich die agrarischen Schuhöllner im Reichstage an Zahl nur gering vertreten sind, haben sie sich doch eine große Anzahl Abgeordneter der bürgerlichen Parteien dientbar gemacht. Ihre Opposition macht auch vor den Stufen des Thrones nicht halt und alle Zuwendungen der Reichsregierung betrachten sie nur als Abschlagszahlung. Kein Erwerbsstand führt den Kampf mit solcher Rücksichtslosigkeit wie die Agrarier. In dem großen Ins-

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Mittwoch: Launhäuser Elisabeth: Frau Paula Doenges, als Gast. Donnerstag: Neuinspiert: Hoffmanns Erzählungen. Phantastische Oper in einem Vorsteck, drei Akten und einem Nachspiel. Musik von Jacques Offenbach. Die Hauptrollen sind besetzt durch die Herren Moers (Hoffmann), Schelver (Dapperlutto), Kunze (Spalanzani und Doktor Winkel), Rapp (Coppelius), Fräule (Luther und Crespel), Marion (Cochenville und Franca) und die Damen Petrin (Olympia), Ambor (Minichta), Secke (Antonia), Samt (Mittaus). Inszenirt ist das Werk von Herrn Oberregisseur Goldberg; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Hagel. — Altes Theater. Mittwoch: Die lieben Freunde. Donnerstag: Jadwiga.

Hans Sachs und die Wiener Schuster-Zunft. Die Wiener Arbeiterszeitung erzählt eine lustig-traurige Affäre: Die ehrsame Genossenschaft der Wiener Schuhmacher hat sich kürzlich ein stattliches Haus errichtet, das der Einweihung harzt. Leider hat sich herausgestellt, daß etwa tausend Gulden des Baufonds einfach hinausgemoren sind. Es gab in der Genossenschaft ein unterrichtetes Meisterlein, das mehr Bücher gelesen hatte, als es sonst in christlich-sozialen Büchern üblich ist, und die Entdeckung machte, daß man das neue Genossenschaftshaus sehr stinkig ausführten könne. Man braucht nur eine Statue des Nürnberger Schustermeisters Hans Sachs, der, wie maniglich bekannt, zugleich ein großer Dichter gewesen sei, anstrengen zu lassen und sie über dem Portal aufzustellen. Die Wiener Schuster würden sich sehr große Ehre erweisen, wenn sie ihr Haus unter das Patronat dieses großen Mannes stellen, der das Schuhmachergewerbe sozusagen in die Nachbarschaft der Weltliteratur gerückt hat. Herrn Bija, dem Vorsteher der Innung, war nun wahrscheinlich von dieser Sache nicht so viel bekannt, als das unterrichtete Meisterlein vorausgelebt, aber läutete hatte er doch schon etwas gehört, und bald war die ganze Genossenschaftsvertretung einig, daß Hans Sachs im Wiener Schusterheim ein Monument erhalten müsse. Des Nürnberger Sachs' Statue wird also angefertigt und prangt alsbald über dem Thorgrabe, dort, wo eigentlich von Rechts wegen ein heiliger Grabstein oder noch besser: ein heiliger Crispinus hingehört. Die ehrsame Genossenschaft macht sich aber über ihre weillige Hoffahrt

gar keine Gedanken und war überzeugt, daß die hohe Clerke bei der Einweihung nichts dagegen einwenden werde, daß man mit Übergabe der kanonisierten Repräsentanten des Schuhmachergewerbes einen weilslichen Schuster und noch dazu einen, der komödien verfaßt, zum Schuhpatron des Hauses erhoben habe. Ein sehr christlich gesinntes Mitglied der Innung, dem die Sache mit dem Hans Sachs, der ja vor seinem Namen nicht einmal das Präfix „heiliger“ führt, gleich nicht ganz geheuer vorgekommen war, entschloß sich aber zu Erhebungen über den Leumund dieses sonderbaren Schuhpatrons. Da fand sich denn im Leben des Nürnberger Meisters ein dunkler Punkt. Es zeigte sich nämlich, daß Hans Sachs kein guter Christ, sondern ein legerer Abhänger des Martin Luther gewesen sei und diesen sogar in dem Liede „Die wittenbergische Nachttall“ belogen habe. Als Herr Bija den Hans Sachs erfuhr, geriet er in peinliche Gewissensnot. Daß Herr Hans Sachs ein ganz unwürdiges Individuum ist, sah Herr Bija ein, aber andererseits möchte er denken, daß man in Unbekracht der Kosten, die die Herstellung des Standbildes verursacht hätte, die Sache vielleicht vertuhen könne. Der Pfarrer, der die Einweihung des neuen Innungshauses vornehmen soll, ein sehr prinzipseliger Mann, welterte sich entschieden, einem Hause, über dessen Thorgrabe das Standbild eines Ketzers prangt, den kirchlichen Segen zu spenden. Da aber der kirchliche Segen daß wichtigste ist, beschloß die Wiener Schuhmachergenossenschaft, ihre Beziehungen zur Weltliteratur wieder abzubrechen und das Standbild des Hans Sachs, das circa tausend Gulden gefestet haben soll, wieder zu entfernen. Freilich giebt es auch dabei Schwierigkeiten, denn der Baumeister, der die Statue wieder herunterzunehmen lassen soll, verlangt für die Aufstellung des Gerüsts 200 Gulden. Der unnütze Aufzug in die Ideale kostet eben viel Geld.

— Eine Erinnerung an die Hamburger Cholerazeit vor zehn Jahren. Im Verlaufe der Hamburger Cholera-Epidemie im Jahre 1892 brachte der 27. August die höchste Erkrankungsspitze. Es erkrankten an diesem Tage an Cholera 1102 Personen (die erste amtliche Meldung zählte nur 816 Erkrankungen auf). Die Zahl der Todesfälle an Cholera betrug an diesem Tage 455 (erste amtliche Meldung 366 Personen). Die höchste Sterblichkeit an Cholera brachte der 30. August, nämlich 484 Todesfälle. Am 27. August wurden auch infolge des Unschlagfests der Cholera die Schulen geschlossen. Am 28. August ließ die Polizeibehörde bei Auer u. Co. ein Flugblatt mit Verhaltungsmaßregeln gegen über der Cholera in 165 000 Exemplaren drucken und am 29. August,

an welchem Tag eine Extrafahrt der Bürgerlichkeit zwecks Bevilligung einer halben Million Mark anlässlich der Cholera-Epidemie stattfand, durch die sozialdemokratische Parteiorganisation in der Stadt verbreitet. Am 2. September folgte ein zweites Flugblatt mit Desinfektionsvorschriften in 250 000 Exemplaren, welches ebenfalls bei Auer u. Co. gedruckt und durch die sozialdemokratische Parteiorganisation verbreitet wurde.

— Die Monarchie ist eine historische Einrichtung, die in Form und Bestand von allen anderen sozialen Gebilden keinen Unterschied gemacht. Man hat sie als ewige Einrichtung hingestellt und gesucht, indem man sie von Gottes Gnaden ableitete. Nun hat sich auch ein Vertreter der modernen Naturwissenschaft gefunden, der sich bemüht, die Naturgemäßheit der Monarchie zu beweisen. Die Naturforscher haben meist wenig Glück, wenn sie sich auf den Boden der Politik begeben, wir erinnern nur an Böckow und Haeckel, die in ihrem Streit über den Darwinismus den Sozialismus sehr unglücklich mit in die Debatte zogen. Ein Herr Wilhelm Jenker hat in Braunschweig ein Buch, Das Muster der Natur, erscheinen lassen, in dem sich der folgende Satz findet:

„Das monarchistische Prinzip der Regierungsförder ist ein naturgemäßes, schon darum, weil wir es sowohl im Tierreich, zum Beispiel bei den Bienenköpfen, wie auch unter ganz unzivilisierten Stämmen aller Völkerstufen antreffen.“

Da für die Bienen auch die Errichtung der Drohnen, d. h. der nur geneßenden und nicht arbeitenden Mitglieder des Bienenvolkes üblich ist, dürfte nach Herrn Jenker die Errichtung aller Nichtarbeitenden geflattet sein. Da bei den Bienen bloß die Handarbeit als Arbeit gilt, müßte Herr Jenker auf dieses naturgemäßes Los gesetzt sein. Da bei den unzivilisierten Stämmen aller Völker das Königreich zum mindesten nicht verbreiter ist als das Menschenreich, so ist gegen dasselbe wohl auch nichts einzuwenden. Zu berichtigende blödsinnigen Konsequenzen kommt man nach der naturwissenschaftlichen Methode des Herrn Jenker.

Die Bücherverbreitung der Welt behandelt ein kleines Buch von Whiting Halsey, das soeben bei Grant Richards in London erschienen ist. Man könnte auch von einer Bücherverbreitung sprechen, von der die Weltwelt in allen Ländern jährlich überwannmt wird. Obenan steht nach den Angaben des Verlages Deutschland, das jährlich nicht weniger als 23 000 Veröffentlichungen jährt; Frankreich hat 18 000 neue Werke in demselben Zeitraum und Italien 9500. In Großbritannien werden zwischen 6000 bis 7000 Bücher jährlich veröffentlicht, von denen etwa 1500 Neuauflagen

Irrsinnstreit hat die Arbeiterschaft die Führung für die gesamte werthältige Bevölkerung übernommen, wie dies der Stuttgarter Bürgermeister Gauß auf dem Städtetag in Berlin konstatiert habe. Als es gegolten habe, gegen die beabsichtigte enorme Lebensmittelpreissteuerung von Gemeinde wegen bei der Reichsregierung zu protestieren, hätten sich diese hinter die Inkompetenz versteckt, weil dies eine politische Sache sei. Die Fleischpreise in Leipzig seien ebenfalls bedeutsam gestiegen und dies zu einer Zeit, wo der sächsische Staat 25 Prozent Nachtragssteuern, die Stadt 140 Proz. des Normalsteuersatzes an Steuern erhebe. Der Redner bespricht nun die Entwicklung der indirekten Steuern im Reiche und führt den Ausspruch Bismarcks an, daß die indirekten Steuern sein Ideal seien, weil die Konsumanten nicht merken, wieviel Steuern sie zahlen; die direkten Steuern seien nur ein plumper Notsteuer. Bis zum Alttentativjahr seien die Agrarier Gegner der Bölle gewesen und erst der Vortell habe sie dann zu den ergriffenen Verfechtern der Bölle gemacht. 1885 betrug der Getreidezug pro Doppelcentner 3 Mt., 1887 wurde er auf 5 Mt. erhöht und nach dem Abgang Bismarcks kam die Herabsetzung auf 3,50 Mt. und der Abschluß der Handelsverträge auf 12 Jahre. In der rücksichtslosen Weise wurde Capital von den Agrarier beämpft; auch mit seinem Nachfolger, dem Fürsten Hohenlohe, standen sie auf Kriegsfuß, weil er ihren Interessen nicht in der gewünschten Weise diente. Auch dem jetzigen Reichskanzler Billow bringen sie kein Vertrauen entgegen, weil er den von ihnen geforderten Zollsaal auf Lebensmittel nicht bewilligen und vertreten will. Die Bölle wirkten als Kapitalsteuer; während die letzteren nur noch in östlichen Staaten und in einem Dorfe vorhanden, sonst aber überall seit langem abgeschafft sei, führt man sie durch die Bölle indirekt wieder ein. In einzelnen Beispielen weist der Referent nach, wie Bölle nach dem Einkommen auf die Lebenshaltung wirken und daß der größte Teil der Sollnahmen den Getreide- und Fleischproduzenten zu gute kommt. 15 deutsche Fürstenhäuser haben zusammen 240 Bevölkerungen und erzielten schon durch die jetzigen Bölle eine Einnahme von 2818000 Mt.; nach dem neuen Zollsaal würde sich dieselbe auf 3492000 Mt. erhöhen. 88 hohe Adelsfamilien haben 214 Bevölkerungen und 2116000 Mt. Einnahmen und durch die künftigen Bölle würden sich diese auf 8176000 Mt. erhöhen. Einzelne Großgrundbesitzer erzielen durch die Zollerhöhung 300000 Mt. Mehreinnahme. Der Grundbesitz des deutschen Kaiser beträgt 76000 Hektar, wovon allein 27600 Hektar Ackerland sind.

Die Handwerker nehmen der Zollpolitik gegenüber eine ihren Interessen entgegenstehende Haltung ein und jammern dann, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt und der Geschäftsgang ein immer schlechter wird. Ebenso ist es mit den Beamten, die dann mit der Forderung der Gehaltsausweitung kommen müssen. Zu diesem Thema gehört auch die Umsatzsteuer, die auch als indirekte Steuer wirkt. Die Art, wie die Grenzsteuer gehandhabt werde, die die Fleischpreise in die Höhe treibe, liegt nur im Interesse der Agrarier und habe eine Katastrophe erzeugt, daß auch das Schlachthaus Deutschlands in qualitativer Beziehung gefallen sei. Der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in Leipzig im Jahre 1898 im Kollegium eingebrochene Antrag auf Aufhebung der Grenzsperrre sei damals angenommen worden, weil Leipzig einen Schlachthof habe. Neuerdings habe aber die Stadtverwaltung wegen der Petition gegen die Getreidebölle wieder einen anderen Standpunkt eingenommen. Die Lebensmittel würden hier auch dadurch verteuert, daß außer den Reichsschülern der sächsische Staat und die Stadtgemeinde extra noch solche erheben. Während das deutsche Kapital im Ausland Eisenbahnen baut und sich am Bau sonstiger Verkehrswägen beteilige, würden die deutschen Verkehrswege gefährdet. In kurzer Frist sei dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben, seine Meinung über die Wirtschaftspolitik zu sagen und hoffe er, daß es dies in einer seinen Interessen entsprechenden Weise mit dem Stimmzettel in der Hand thue. (Städtischer Besuch.) Nachdem sich Genosse Voigt noch darüber ausgedrückt, daß gegenwärtig Russland dasselbe Land sei, wo das billigste Schlachtohle zu haben wäre und dort die Grenzsperrre aufgehoben werden müsse, und sich trotz Aufforderung kein Gegner zum Wort gemeldet hatte, schloß der Vorsitzende, Genosse Kressin, die Versammlung mit der eindringlichen Forderung, daß Gehörte weiter zu verbreiten und es an der nötigen Agitation zu den nächsten Stadtverordneten- und der Reichstagswahl nicht fehlen zu lassen.

Siebenter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

T.-K. München, 30. August.

(Vormittagssitzung.)

Zunächst erstattet Stühmer namens der Kommission zur Beurteilung der Anträge zum Streikreglement Bericht.

Ein Antrag Dresden: „Die Einführung einheitlicher Lohnsätze für Groß-, Mittel- und Kleinstädte der einzelnen Landesbezirke ist möglichst zu fördern.“ wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen.

Ferner unterliegen sämtliche Abwehr- und Angriffsstreiks innerhalb des Verbandes der Oberleitung des Verbandsvorstandes.

Dem Vorstande ist bei Außbruch von Werkstättenstreiks Mitteilung zu machen, widrigfalls die Streikunterstützung verweigert werden kann.

Die eingegangenen Beiträge dürfen ohne Zustimmung des Vorstandes nicht mehr zur Streikunterstützung verwandt werden.

Die jeweiligen Streikleitungen sind verpflichtet, sowohl dem Vorstand wie der Redaktion der Fachzeitung wöchentlich einen objektiven Bericht einzufinden.

Weitere Änderungen sind von geringerem Interesse.

Sodann wird in der Statutenberatung fortgeschriften. Auf Antrag Altona ist in Zukunft das Reichsbezahlbar am Orte für

find. England schlägt damit noch Amerika; aber die Hansebürger thun ihr Bestes, und wenn die Engländer sich nicht daranhalten, werden die Amerikaner ihnen bald zuwinken. Die neuen Bücher der ganzen Welt betragen nach den Schätzungen des Verfassers jährlich die statistische Summe von mehr als 70000. Viele der modernen Bücher sind allerdings nur für den Augenblick geschrieben. Es sind eigentlich nur erweiterte Zeitungsbücher. Wenn irgendwo eine Revolution oder ein Krieg oder ein großes Unglück stattfindet, erscheinen sofort Bücher darüber. Natürlich haben diese Werke keinen dauernden Wert; aber sie machen sich zur Zeit bezahlt. Nicht 10 Prozent der Bücher eines Jahres werden den zwölf Monate später noch verkauft. Thatsächlich ist das Schreiben von Büchern eine Art Gewohnheit geworden, so daß die Verleger ihre Thüren gegen Manuskripte oft verbarrikadiert müssen. Vor einigen Jahren lagte ein bekannter Londoner Verleger, daß vor 15 in einem Jahre zur Prüfung vorgelegten Büchern nur 22 angenommen wurden, und bei einem anderen wurden von 500 nur 18 veröffentlicht. Wenn ein Buch eilig erscheinen muß, so hält Amerika den Rekord. Eine Newyorker Firma übernahm am Montag früh den Auftrag, bis zum folgenden Mittwoch abends 2000 Exemplare eines Buches herzustellen, das 350 Seiten stark war. Der Satz wurde in einer Nacht gesetzt, am nächsten Tage wurden die Presse in Betrieb gesetzt, am dritten waren die Bücher gebunden und am Ende der Woche waren 10000 Exemplare herausgegangen.

Litterarisches.

Von der Hölle, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag S. Wallisch) ist soeben das 11. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Klingelunge, Erzählung von Clara Viebig. — Clara Viebig. Von Franz Dieberich. — Die Entstehung der Sächsischen Schweiz. Von Wilhelm Bösch. — Die Wandzeit. Von Adolf Braun. — Max Siegel. — Aus Goethes Briefen. — Kunsthalle: Königstein.

notwendig befindeten Lokalsteuern rückwirkend auf ein eventuelles Unterstützungsgebot.

Dienstjenigen Mitgliedern, welche im Interesse der Organisation sich Gefängnisstrafen zuziehen, wird diese Zeit als volle Mitgliedschaft in Anerkennung gebracht.

Nach Antrag Hamburg wird beschlossen: „Von den eingegangenen Mitgliederbeiträgen kann jede Mitgliedschaft 25 Prozent am Orte zurückbehalten, wovon sämtliche Volksausgaben zu bestreiten sind. Über die Verwendung dieser Gelde, die nur im Interesse des Verbandes erfolgen darf, verzögert jede Mitgliedschaft selbstständig. Die Kosten der Agitationskommissionen sind aus der Hauptkasse zu bezahlen.“

Ein Antrag Bamberg, nach welchem der Vorstand sich selbst Überretungen und Eigennächtkeiten in keiner Weise zu Schulden kommen lassen darf, widrigfalls seine Amtshauspensionierung erfolgen darf, erlangt unter der Heiterkeit des Verbandsstages nicht nur die nötige Unterstützung, um zur Debatte zu gelangen, sondern bei der Abstimmung auch eine ziemlich erhebliche Stimmenzahl. Das jedoch das Resultat dem Bureau zweifelhaft erscheint und eine Auszählung der Stimmen erfolgen soll, wird dieser Antrag nur von wenigen Delegierten unterstützt, was neuerdings große Heiterkeit hervorruft.

Langen Debatten rufen zwei Anträge hervor, die bezwecken, daß die Verbandsstags nicht wie bisher alle zwei, sondern alle drei Jahre stattfinden sollen. Da im Jahre 1904 in Deutschland eine internationale Schneider-Konferenz stattfindet, die im Anschluß an einen deutschen Verbandstag geplant war, wird eine Verlängerung der Zwischenperiode von 2 auf 3 Jahre abgelehnt.

Die Tagessieder, der besoldeten Beamten werden nach ausgiebiger Debatte, in welcher das Für und Wider gründlich erörtert wurde, mit Zweidrittel-Mehrheit von 5 auf 6 Mt. erhöht.

(Nachmittags-[Schluß]-Sitzung.)

In der letzten Sitzung des Verbandsstages gelangt der Rest der Tagesordnung zur Bearbeitung und Erledigung. zunächst handelt es sich um die Frage der eventuellen Sitzverlegung.

Nach kurzer Debatte wird die Sitzverlegung des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 17 Stimmen beschlossen, d. h. mit einer Stimme über die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Die Sitzverlegung der Fachzeitung von Hamburg nach Berlin wird gleichfalls in namentlicher Abstimmung entschieden. Dafür stimmen 45, dagegen 12 Delegierte. Die Sitzverlegung ist somit beschlossen.

Als Sitz des Ausschusses werben eine ganze Reihe von Städten vorgeschlagen. Die Frage wird durch schriftliche Abstimmung entschieden, nach welcher für Hamburg 38 Stimmen entfallen. Die anderen zerstreut sich für verschiedene vorher vorgeschlagene Städte.

Zur Vorstands- und Nebalkurwahl wird gleichfalls per Stimmenthalt geschritten. Es erhalten als 1. Vorsitzender Stühmer 54 Stimmen, als 2. Vorsitzender Holzhäuser 63 Stimmen, als Kassierer Kämmer 42 Stimmen, als Nebakteur der Fachzeitung Sabath 63 Stimmen. Die anderen Stimmen zerstreut sich auf die verschiedenen Personen. Sowohl als beschlossenen Statutenänderungen als auch die Überstellung des Vorstandes und der Fachzeitung nach Berlin treten am 1. Januar 1903 in Kraft.

Eine umfangreiche Debatte ruft noch die Gehälterfrage hervor. Endlich gelangt folgender Antrag Mirus mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit zur Annahme:

„Das Gehalt der Beamten beträgt 2100 Mt. und steigt jährlich um 100 Mt. bis zur Höhe von 2500 Mt., von da ab jährlich um 50 Mt. bis zur Höhe von 3000 Mt.“

Ferner gelangt nahezu einstimmig folgender Antrag Miller und Genossen zur Annahme: „Der Verbandsstag konstatiert, daß sich die Ausstellung der Volksbeamten in den verschiedenen Großstädten gut bewährt hat, beauftragt den Vorstand, dieses System, wenn in den anderen Städten angängig, weiter auszubauen und dahin zu wirken, daß die Ausstellung dieser Beamten in Bezug auf Entlohnung nicht unter 80 Mt. pro Woche zu geschehen hat.“

Die beiden vorstehenden Anträge treten am 1. Januar 1903 in Kraft. Den Beamten wird ein Urlaub von 14 Tagen jährlich und Holzhäuser thunlichst sofort ein solcher von 4 Wochen zur Kräftigung seiner Gesundheit einstimmig bewilligt.

Die Fachzeitung geht in das Eigentum des Verbandes über. Stühmer hat als erster Vorsitzender für den Verlag zu zeichnen. Der Redakteur kann nur vom Verbandsstag gewählt werden.

Sodann verliest Stühmer jene Resolution, welche noch vom Kongress nach dem Referat Tälerows her ausstellt. Sie lautet:

„Der am 25. August in München tagende Kongress der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands erklärt die Ausdehnung der gesamten Versicherungsgesetze (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) auf die Haushaltsschlüsse für dringend notwendig. Als erste Maßregel auf diesem Gebiete erwartet der Kongress, daß der Bundesrat von den ihm laut § 2 des Kranken-Versicherungsgesetzes (Absatz 3 und 4) und § 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zustehenden Rechte der Verordnung der Versicherungsschlüsse für die Haushaltsschlüsse für dringend notwendig. Als erste Maßregel auf diesem Gebiete erwartet der Kongress, daß der Bundesrat von den ihm laut § 2 des Kranken-Versicherungsgesetzes (Absatz 3 und 4) und § 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zustehenden Rechte der Verordnung der Versicherungsschlüsse für die Haushaltsschlüsse für dringend notwendig.“

Der Kongress erlaubt sich, diese Resolution nebst Begründung dem Bundesrat zur Bekanntmachung zu unterbreiten.“

Ohne Diskussion wird diese Resolution einstimmig angenommen.

Sodann wird der Bericht der Beschwerdekommission entgegengenommen, die sich über 14 verschiedene Fälle erfreut, welche kein öffentliches Interesse bieten.

Schluss des Verbandsstages.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Nationalliberale und Jungnationalliberale. Der Artikel der Nationalzeitung über den Nationalliberalismus in Sachsen wird in der nationalliberalen Presse noch immer besprochen. Im Leipziger Tageblatt war bekanntlich „von einer Seite, die der Leitung der nationalliberalen Partei nahe steht“, eine Entgegnung erschienen, in der zu verfechten gegeben war, daß der Verfasser jenes Artikels in der Nationalzeitung wohl aus der Feder des Führers der Jungnationalliberalen in Leipzig, des Reichstagswolfs Dr. Böphel, herriß. Nun nimmt Dr. Böphel das Wort im Leipziger Tageblatt und erklärt, daß er den Korrespondenten der Nationalzeitung nicht kenne, und nicht einen einzigen Ausführungen zustimmen könne, er habe aber erwartet, daß man den Ausführungen in der Nationalzeitung eine sachliche Widerlegung hätte zu teilen werden lassen, „ohne die persönlichen Ansprüche auf seinen Ehregeiz, von sich reden zu machen, auf seinen Hass gegen die eigene Parteileitung, der ihm alle Befürinung raube, auf Mangel an Selbstzucht und politischer Schulung“. „Man möchte fast daran zweifeln, daß diese persönlichen Ausfälle von einer der Parteileitung nahestehenden Seite kommen, denn es wäre beklagenswert, wenn unser Vorstand einer derartigen Ausdrucksweise bedürfe, um seine Einschätzungen zu rechtfertigen.“ In Parenthese fügt dann Dr.

Böphel diesen Bemerkungen bei: „Ich kenne die Herren des Vorstandes persönlich und schätze sie hoch und kann aus dieser Kenntnis verstehen, daß, wenn der Einsender des Artikels auch der Parteileitung nahestehen mag, er doch des vornehmsten Geistes ist, der dort waltet, keinen Hauch vermisst haben kann.“ Man weiß nun also noch nicht, wer hinter dem Korrespondenten der Nationalzeitung steht und wer die der nationalliberalen Parteileitung nahestehende Seite ist, aber das kann man aus der interessanten Unterhaltung zwischen den Nationalliberalen und den Jungnationalliberalen ersehen, daß sich diese beiden Gruppen bei den bevorstehenden Wahlen nicht wechselseitig werden. Wederfalls werden die Jungnationalliberalen ihre Abneigung gegen das Kartell am Tage vor der Wahl fallen lassen und für den Kartellkandidaten stimmen, von dem man sicher sein kann, daß er ebenso des vornehmsten Geistes voll ist, wie diejenigen, die ihn den Wahlgremien präsentieren. Als ein selbständiger Faktor werden die Jungnationalliberalen bei den nächsten Wahlen bestimmt nicht in Betracht kommen. Ist das aber richtig, dann erweist sich die jungnational-liberale „Bewegung“ als eine überflüssige Spielerei.

Wieder ein Versammlungsverbot. Nachdem erst dieser Tage im 23. Wahlkreise eine Versammlung verboten worden war, und zwar in Markneukirchen, ist diesmal wieder eine von der Polizei unmöglich gemacht worden, und zwar unter recht eigenwilligen Gründen. Der Vertrauensmann von Paussa wollte am Sonnabend eine Versammlung abhalten, in der Genossen Gräflich sprechen sollte. Er ging am Donnerstag zum Bürgermeister, um die Versammlung anzumelden. Entgegen dem klaren Wortlaut des sächsischen Vereinsgesetzes erteilte er aber eine Becheinigung über die erfolgte Annmeldung nicht, vielmehr erklärte er, sich erst einmal in dem für die Versammlung in Aussicht genommenen Volks über die Zahl und der Art des Ausschlags der Thüren zu informieren zu wollen! Am Freitag den 20. August, vollauf 35 Stunden vor der Versammlung, erneuerte der Vertrauensmann seine Annmeldung, erhielt aber wieder keine Becheinigung, dafür am Sonnabend vormittag von der Amtshauptmannschaft von Plauen die Nachricht, daß die Versammlung wegen verhältniswirker Anmeldung bei der Behörde verboten sei.

Das Zwicker Volksblatt bemerkt zu dieser klassischen Handhabung des Vereinsgesetzes: Wie es scheint, wird das Kapitel der Versammlungsverbote, durch welches unser liebes Vaterland bereits in der ganzen Welt eine eigenartige Berühmtheit erlangt hat, in dem bevorstehenden Wahlkampf noch eine ungeahnte Vereiterung erfahren. Aber das eine können wir den betr. Behörden bereits heute verraten: Sie täuschen sich über die Wirkung solcher Verbote ganz fürchterlich. Im vorliegenden Falle hat der Vertrauensmann von Paussa alle in Betracht kommenden Versammlungen des Vereinsgesetzes, die eine Annmeldung bei der Polizeibehörde des Versammlungsortes 24 Stunden vor Beginn der Versammlung fordern, auf das allerstreitigste befolgt und wenn trotzdem ein Verbot der Versammlung erfolgt, dann braucht man nur eine minimale Kenntnis der Volksseele zu besitzen, um zu wissen, wie eine solche Maßnahme beurteilt und verurteilt wird.

Das Wahlrecht der weiblichen Mitglieder in der Oberschlesischen Landesversammlung. Zu Elsterberg sandten seiner Zeit die Vertreterwahlen zur Oberschlesischen Landesversammlung statt, ohne daß die volljährigen weiblichen Mitglieder eingeladen worden wären. Dadurch waren diese ohne Grund einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen. Unsere Genossen legten daher gegen die Wahl Protest ein, dem auch sowohl von der Amts- wie auch Kreishauptmannschaft stattgegeben wurde. Einige derjenigen Unternehmer jedoch, die an der umgesetzten Wahl ein ganz besonderes Interesse hatten, beschwerten sich über beide Entscheidungen beim Oberverwaltungsgericht, daß jedoch die Beschwerde verworfen. Unsere Genossen haben damit erreicht, daß die erste Wahl ungültig erklärt und eine Neuwahl anberaumt wird. Für die weiblichen Oberschlesischen Landesversammlungsmitglieder ist diese Entscheidung sehr wertvoll, denn so wie in Elsterberg werden sie auch — anderswo häufig ignoriert.

Unnaberg, 31. August. Infolge eines durch Übergläubischen hervergerufenen Schrecks ist am Donnerstag die gesunde und tüchtige Chefarzt des Fleischermeisters Pollmer in Kleinröderwald gestorben. In der Nacht zum Dienstag kehrte sie mit ihrem Ehemann in finstere, regnerische Nacht heim. Während Herr Pollmer sich noch vor dem Eingang des Hofraumes mit einem mit ihm heimkehrenden Nachbar unterhielt, ging seine Frau nach der Haustür zu. In diesem Augenblide kam um die andere Ecke des Hauses ein Vogtjäschchen vom Balle heim, das da es keinen Hausschlüssel bei sich hatte, mit dem Pollmerschen Chepaar in das Haus hineingehen wollte. Da es regnete, hatte das Mädchen ihren dunklen Kleiderrock über den Kopf gezogen, so daß die weißen Unterröcke sichtbar waren. Schon seit einigen Tagen war aber von dem Nachtwanderer einer weißen Frau in Kleinröderwald die Rede. Frau Pollmer war der Meinung, daß sie in dieser Person die weiße Frau vor sich habe und erfuhr so, daß sie laut um Hilfe rief. Ihr Mann kam hinzugetreten und nun stellte sich heraus, daß es das unschuldige Mädchen war. Die Folgen des Schreckens waren zunächst nur Unwohlsein, aber nach zwei Tagen trat unerwartet der Tod ein. Die Frau ist so das Opfer des im Orte verbreiteten Berglaubens von der „weißen Frau“ geworden.

Alte Nachrichten aus dem Lande. In der Kammergerichtsgegenüber bei Kleinröderwald bei Pirna löste sich in den letzten Tagen morgens gegen 8 Uhr plötzlich eine Lehnmord, durch die ein Lehnsleben verschüttet wurde. Der Mann wurde zwar bald aus seiner Lage befreit, er hatte aber solche Verlebungen erlebt, daß er bald nach dem Unfall verstarb. — In dem Hause einer dieser Tage in Döbeln plötzlich am Herzschlag verstorbenen alleinstehenden Geschäftsinhaberin wurden beim Durchsuchen aller Räume Geldbeträge von über 50000 Mt. versteckt in verschiedenen Winkeln, auch im Abort, durch den Sozialräther gefunden. — In einer Wohnung in Döbeln entstand in der Nacht zum Sonnabend zwischen jüngeren Offizieren und jüngeren Civilpersonen eine Schlägerei, bei der einer der Beteiligten durch einen Säbelhieb am Kopfe verlegt wurde. — In Seitscha bei Oschatz wurde während eines Gewitters der Brüderlicher Fischer, der in der Mitte der 20er Jahre stand und unverheiratet war, vom Blitz ers

Wohnstube des Gutsbesitzers Hunnisch aufgesucht, wo ihn der Mörder traf. Zwei noch im Zimmer befindliche Personen waren längere Zeit betäubt, kamen aber mit dem Schrecken davon. — Auf der Gerichtsvollzieher Straße in Döbeln i. S. bei einem polnischen Arbeiter seines Amtes walzte, wurde er von dem Arbeiter mit dem Messer überfallen und ihm schwere Verlegerungen am Oberarm und am Kopf beigebracht. Der Beamte liegt sehr schwer ins Krankenhaus. Der Italiener wurde verhaftet.

Halle, 30. August. Zum 1. Oktober erhält unsere Stadt einen neuen schönen Park; denn mit diesem Tage geht Schmidt's Park, für den bekanntlich ein Kaufpreis von 140 000 Mk. vereinbart ist, in den Besitz der Stadt über. Die Stadt hat die Verpflichtung übernommen, 20 000 Quadratmeter des Geländes als Park liegen zu lassen; der Rest soll bebaut werden. Zu diesem Zweck sind zwei Straßen geplant. Die alten baufälligen Gebäude des Ober- und Unterschmelzer, wo Goethe den im Jahre 1814 in Giebichenstein verstorbenen Komponisten und Hofkapellmeister Friedrichs des Großen, Johann Friedrich Reichard, besuchte, werden alsbald niedergelegt werden, um neuen modernen Landhäusern Platz zu machen. (Magdeburg. Btg.)

g. Halle, 1. September. In der heutigen ersten Stadtverordnetensitzung nach den Ferien wurde von unseren Genossen ein Antrag eingereicht, den Magistrat zu ersuchen, infolge der hohen Fleischpreise auf die Regierung einzutreten, daß die Grenzverträge für ausländisches Vieh aufgehoben wird. Dieser Antrag soll zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung kommen. Es ist zu befürchten, daß sich der Magistrat wieder hinter Kompetenzbedenken versteckt. Der dem Kollegium unterbreitete Antrag des deutschnationalen Handlungsgesellenvereins betreffend Beschränkung der Sonntagsarbeit und Verbot des Großhandels an Sonntagen ist der Handlungskommission zur Begutachtung vorgelegt und von derselben abschlägig beschieden worden.

n. Halle, 1. September. Gestern fand hier der 12. sozialdemokratische Parteitag für Neustadt statt. Es waren 28 Orte durch 62 Delegierte vertreten, außerdem war der Reichstagsabgeordnete Wurm anwesend. Der Kassenbericht ergab einschließlich eines Rentenbestandes von 586.66 Mk. eine Einnahme von 3192.76 Mk. und eine Ausgabe von 2868.17 Mk. (davon 300 Mk. an den Parteidienst). Die Einnahme war um 500 Mk. höher als im Vorjahr. Der Agitationsschrift konstituierte eine lebhafte Thätigkeit der Partei. Es wurden 50 Versammlungen abgehalten, außer einer Anzahl Wahlflugschriften ein solches gegen die Getreidezölle verbreitet. Die Petition gegen die letzteren fand 2223 Unterschriften. Bei den Landtagswahlen stieg die Stimmenzahl von 3184 auf 3742, die Mandate von 3 auf 5 bei insgesamt 15 Mitgliedern. Die Gemeindewahlwahlen dagegen fielen an einigen Hauptorten ungünstig aus, was zu einem großen Teil auf die seit einigen Jahren sich immer mehr entwickelnden Konsumvereine zurückzuführen sein dürfte, da die Gegner diese als Schreckgespenst hinstellten. Der Erwerbung des Bürgerrechts wurden von den Behördeten immer mehr Schwierigkeiten bereitet. Zur besseren Organisation wurde die Gründung eines Centralvereins für Neustadt vorgenommen. Als Reichstagkandidat wurde einstimmig Genosse Wurm aufgestellt. Der Geschäftsbereich der Rhenischen Tribune ergab eine Einnahme von 3742.86 Mk. und eine Ausgabe von 3642.86 Mk. Die Abonnementsgelder sind um 1440 Mk. gestiegen, die Interate um mehrere Hundert Mark gesunken. Als Delegierter zum Münchener Parteitag wurde Genosse W. Leven gewählt.

Bei der unzähligen Sedanschießerei ist im benachbarten Frankenthal ein Böller zerprungen, wobei dem Bäckermeister Zimmermann ein Bein zerschmettert wurde, so daß es bis zum Heute abgenommen werden mußte.

r. Aus Thüringen, 1. September. Eine größere Anzahl Arbeiter einer Erfurter Schuhfabrik und der Eisenbahnwerkstätten sind nach Genuss von einer bestimmten Art rohen Schweinefleisches bedeuend erkrankt. Die Eisenbahnwerkstatt warnt durch Anschlag vor dem Genuss rohen Schweinefleisches.

Selbst bis ins letzte Jahr hinein auf das glänzendste prosperierende Fabriken werden von der hier einen einzigenden Krisen gepackt. So hat die bekannte Porzellansfabrik in Staßfurt wegen Mangels an Aufträgen die Arbeitszeit beschränkt müssen. Die Fabrik, eine Aktiengesellschaft, prospirierte bisher daran, daß sie in den beiden letzten Jahren z. B. noch 30 Prozent Dividende zahlen konnte.

Aus der Partei.

In seiner Westpolitik bespricht Genosse Barbus die Broschüren Rauchls über die soziale Revolution und sagt u. a. über Bernstein an diesen Broschüren gelöste Kritik: „Das eine derartige Unwissen aller Grundbegriffe der Partei auf unsere Presse höchst befremdend wirken mußte, liegt auf der Hand. Doch eins kann dazu. Die Broschüren von Rauchls sind nicht eigentlich eine Streitschrift, sie sind eine Auflärungsschrift im besten Sinne des Wortes. Man sieht aus jeder Seite das ernste Bestreben, sachliche Klarheit zu schaffen. Man gewinnt auch den ganz bestimmten Eindruck, daß der Verfasser sich alle Mühe giebt, den Vertretern einer gegenteiligen Meinung Gelegenheit widersprochen zu lassen. Zu beiden Broschüren nicht einziges verdecktes Wort. Im Gegensatz dazu ist die Antwort von Bernstein ebenso streitlustig wie leichtfertig und voll hämischer Ausfälle. Es macht sich deshalb eine Erblitterung gegen diese Bernsteinische Kritik geltend, die sich bereits in Auflagen an den Parteitag Lust zu machen sucht. Ich halte alle Beschlüsse solcher Art für verfehlt. Schon die Lübecker Resolution war meines Erachtens ein Fehler. Man achtete die Person Bernsteins und teilte doch seine Ansichten nicht. Man schuf deshalb eine Art Bernstein, um Bernstein gegen Bernstein zu schützen. Das Ende ist, wie wir sehen, daß Bernstein mit der Resolution durchging. Ich denke, es ist schließlich doch einfacher, man läßt ihn schwanken. Er wird schon selbst dafür sorgen, daß er möglichst wenig gelesen wird.“ Wir stimmen mit Partei darin überein, daß es ein Fehler sein würde, die kostbare Zeit des Parteitags mit abermaligen Debatten über die vom Genossen Bernstein beliebte Taktik zu vergeuden. Dassen wir ihn lieber im unbekümmerten Besitz der Vorberichte, wo mit ihm die bürgerliche Presse schmückt. Es wird ohnehin Arbeit genug kosten, die „Unwissen aller Grundbegriffe der Partei“, von der Barbus spricht, wieder gut zu machen. Siehe darüber auch unser heutiges Leitartikel!

Genosse Albert Schmidt aus Magdeburg weiß bekanntlich im Magdeburgischen Centralgefängnis, um die ihm wegen Kaiserbeleidigung zuverkommene Gefängnisstrafe von drei Jahren zu verbüßen. Seine Entlassung wird am 30. Oktober dieses Jahres erfolgen. Infolgedessen hat die Kreiskonferenz

des Wahlkreises Salbe-Auersleben, den Schmidt früher im Reichstage vertrat, am Sonntag einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige Kreiskonferenz hält es in Anbetracht der Unwissenheit des bisherigen Kandidaten Genossen Schmidt für zweckentsprechend, die Kandidatenfrage bis zu dessen Entlassung aus dem Gefängnis anstecken zu lassen.“

Die Feuilletonredaktion der Sachsischen Arbeiterzeitung in Dresden übernimmt als Nachfolger von Dr. Morgenstern Dr. Franz Dieberich, der bis jetzt politischer Redakteur des Bremer Parteblattes war.

In Mannheim fand am Sonntag eine von 3000 Personen besuchte sozialistische Volksversammlung statt als Gegendemonstration gegen den Katholikentag. Das Roferat hatte Abg. Ehrgardt-Ludwigshafen. Es wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Heuchelei und gegen die wirtschaftlich und geistig reaktionären Bestrebungen des Centrums protestiert.

Soziale Kundschau.

Gewerkschaftliches.

Eine Generalausperrung seitens der Berliner Klempnermeister in Sicht. Trotzdem die Generalversammlung der Klempner beschlossen hatte, alle Forderungen der Gehilfen abzulehnen, war es doch gelungen, bei einer größeren Anzahl von Unternehmern die Bewilligungen durchzusetzen. Die Meister sahen sich deshalb gezwungen, eine neue Versammlung einzuberufen. Es wurde am 30. August beschlossen, wenn bis Mittwoch mittag die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, eine Ausperrung der Haus- und Werkstattklempner vorzunehmen. Der Metallarbeiter-Verband wird in den nächsten Tagen eine Reihe von Versammlungen einberufen, in denen die gesamten Metallarbeiter zu der angebrochenen Ausperrung Stellung nehmen werden.

Gegen Streikbrecher. Da in Nagym der Tschlergesellenstreik ausgebrochen ist, war ein Agent in Budapest, um Arbeiter zu werben. Die von ihm aufgenommenen 28 Arbeiter wollten nach Nagym abreisen, die Budapester sozialdemokratische Partei verhinderte dies jedoch. Ungefähr 100 Arbeitern gelang es, trotz des Aufgebots von Polizei, auf den Bahnhof zu kommen und 12 Arbeiter aus den Wagen zu reißen und auf die Schienen zu werfen. Zwei wurden schwer verletzt. Die Polizei hat 20 Verhaftungen vorgenommen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. September.

Den Glasern und Tischlern zur Nachricht, daß der Streik bei der Firma Endert in Böhmis-Enzenberg unverändert fortbesteht, und daß die Sperrre über diese Werkstatt verhängt ist. Alle Kollegen wollen dies beachten. Der Vertrauensmann.

Achtung, Bilderrahmentischler! In der Rahmenfabrik von Wehner in Berlin ist wegen Lohnabschlägen Streik ausgebrochen. Zugang ist zu vermeiden.

Achtung, Gummidrechsler! Bei Kiebel in Weißensee haben wegen Lohndifferenzen sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Arbeitsangebote von dort sind daher zurückzuweisen.

Die Leipziger Amtshauptmannschaft hat das von uns bereits gestern erwähnte Verbot der Versammlung, in der Gewerkschaftsangelegenheiten über das Thema: Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll, sprechen wollte; in einer Weise begründet, die den allerschärfsten Widerspruch herauftordert. Die „Begründung“ lautet:

Es ist hinreichend beweisbar, daß daselbst ein Vorwissen in Gauchis und letzter Zeit zur öffentlichen Besprechung kommen soll, daß gegenwärtig der zuständigen Entschließung und Beurteilung unterliegt. Zur Behandlung in einer Volksversammlung, zu der Lehrermann und womöglich auch Personen im jugendlichen Alter der Zutritt gestaltet sein soll, ist aber die Angelegenheit schlechterdings unpassend; vielmehr steht eine dringende Befähigung der öffentlichen Debatte namentlich insofern zu befürchten, als die Versammlung öffentlich ein Vergnügen zu geben geeignet und dazu angehängt sein würde, zu sittlich anständigen Neuerungen zu verleiten.

Es ist deshalb bis von Ihnen angemeldete Versammlung gefährlich unstillbar — §§ 5 und 12 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850.

Die Königl. Amtshauptmannschaft

J. V. Thiele.

Ein derartiges Versammlungsverbot war früher in Leipzig einfach unmöglich.

Unter dem „neuen Kurs“ nimmt die Königliche Amtshauptmannschaft zunächst daran Anstoß, daß in einer Versammlung „ein Vorwissen“ besprochen werden soll, das gegenwärtig der zuständigen Beurteilung und Entschließung unterliegt. Wenn dies „Bedenken“ als stichhaltig von der Oberbehörde anerkannt werden würde, so wäre der Bevölkerung einfach das Recht genommen, der Behörde gegenüber durch eine Versammlungsfundgebung zum Ausdruck zu bringen, was sie in den verschiedensten Angelegenheiten für recht und notwendig erachtet. Das Versammlungsrecht überhaupt wäre zu einem großen Teil dadurch beeinträchtigt.

Es ist auch völlig unerheblich anzusehen, ob die Amtshauptmannschaft die Behandlung einer Sache in einer Volksversammlung als passend oder unpassend erachtet; zu einem Versammlungsverbot darf sie nur verschreiten, wenn dafür die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. Zur Befähigung des im vorliegenden Falle angesprochenen Verbotes steht sich nun die Begründung auf die §§ 5 und 12 des Vereinsgesetzes.

§ 5 lautet:

Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unstillliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geeignet zu machen, sind verboten.

Dass in einer Versammlung, die erörtern will, wie die Volksschule beschaffen sein soll, nicht von vornherein von Gesetzesübertretungen die Rede sein kann, ist selbstverständlich; es bleibt also nur von diesem Paragraphen die eventuelle Begehung unstilllicher Handlungen übrig. Wenn nun aber die Amtshauptmannschaft es schon für genügend bezeugt erachtet, daß ein Gauchischer „Vorwissen“ besprochen werden sollte, so könnte es sich im vorliegenden Falle doch nur um eine verurteilende Besprechung unstillicher Handlungen handeln, die von einem Manne begangen sein sollen, dem die Erziehung der Jugend anvertraut war. In einer solchen Besprechung aber selbst eine unstilliche Handlung von vornherein zu erkennen, fehle unseres Erachtens jeder Grund. Jedenfalls war abzuwarten, ob wirklich unstillbare Neuerungen laut würden.

Das von vornherein ausgesprochene Amtshauptmannschaftliche Verbot muß aber die Meinung hervorrufen, als sollte das Gauchische „Vorwissen“ der öffentlichen Besprechung überhaupt entzogen werden, für welche Absicht auch der Hinweis auf

2. September

1902

etwaige jugendliche Anwesende unzulässig plausibel erscheint, als ja die Unwissenheit Minderjähriger schon nach dem Vereins- und Versammlungsgesetz selbst völlig ausgeschlossen war.

Auch davon konnte keine Rübe sein, daß etwa die Versammlung zur Begehung unsittlicher Handlungen geneigt machen sollte. Denn wer seinen Abscheu über unsittliche Handlungen ausdrückt, kann doch keinesfalls die Neigung zu solchen Handlungen fördern.

Unter all diesen Umständen schlägt auch § 12 des Vereinsgesetzes nicht ein, denn eine „dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ würde in alle Wege durch die Versammlung nicht hervorgerufen werden. Die Amtshauptmannschaft sagt, sie würde geeignet sein, öffentlich ein Vergnügen zu geben. Sie verweist hierbei offenbar Urtheile und Wirkung. Das öffentliche Vergnügen ist durch das Gauchische „Vorwissen“ längst gegeben und durch das Versammlungsverbot nur noch gesteigert worden. Eine Aussprache aber von Seiten der Gauchischen Gemeindevertreter würde zweifellos viel zur Bezugnahme der Gemüter beigetragen haben.

Dass die Amtshauptmannschaft den § 12 zu ihrer Verbotsbegründung überhaupt mit heranziehen müsste, zeigt übrigens am besten, daß ein Verbot nach § 5 allein nicht hinreichend begründet erscheint.

Im Interesse des bishen Versammlungsrechts, das wir noch haben, ist es zu begrüßen, daß der Versammlungseinberufer gegen das Verbot bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde führen will.

Zum Militärverbot. Das Garnison-Kommando Leipzig hat das über mehrere Gastwirtschaften verhängte Militärverbot in der Welt aufgehoben, daß künftig nur an den Tagen, an welchen sozialdemokratische Versammlungen in diesen Lokalen stattfinden, der Besuch derjenigen den Militärpersonen verboten ist, im übrigen so weiter gestaltet wird. In Betracht kommen hierbei zunächst nur vier Stadtkreise, zwei in den westlichen Vororten, eins in Connewitz und eins in Anger-Crottendorf. Ob diese Veränderung so ganz bedingungslos eingetreten ist, bedarf noch der Ausklärung.

Für das Handelsgewerbe und dessen Angestellte hat das sächsische Oberlandesgericht eine wichtige Entscheidung gefällt. Wegen Vergehens gegen § 105 b der Gewerbeordnung und § 2 sowie § 4 des Ortsgesetzes der hiesigen Stadt, die Beschäftigung der Handelsangestellten an Sonn- und Festtagen betrifft, waren die Geschäftsführer der Leipziger Filiale einer Berliner Speditionssfirma und die Inhaber dieser Firma zu je 60 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie den erwähnten Bestimmungen entgegen das Comptoir- und Hilfspersonal an verschiedenen Sonntagen vormittags von 9 bis 12 Uhr beschäftigt hatten. Die Firma befürchtet in der Hauptstadt Expressgüter von Leipzig nach England und Amerika. In der gegen das vom Landgericht bestätigte Urteil des Leipziger Schöffengerichts eingetretene Revision der Verurteilten wurde die unzureichende Einwendung des § 105 der Gewerbeordnung gerügt und bemerkt, daß die angezogenen Bestimmungen des Leipziger Ortsgesetzes zu Unrecht angewendet worden seien, denn die Tätigkeit der Firma sei nicht als die ausführende eines Frachtführers, sondern als die vermittelnde des Spediteurs zu betrachten und daher können auch die Bestimmungen im § 413 des Handelsgesetzbuches nicht in Betracht. Es handelt sich um Kaufwaren u. dgl., die am Dienstag jeder Woche auf dem Londoner Markt gehandelt würden und daher Sonntags vormittags expediert werden müßten, wolle die Firma gegenüber den englischen Verkehrsverhältnissen, mit denen gerechnet werden müsse, konkurrenzfähig bleiben. Post und Eisenbahn gehören zum Verkehrsverkehr. Mit dem Hinschaffen der Güter von den Bahnhöfen und der Post nach den Comptoirs und umgedreht, würde nur dem Verkehrsweesen gedient. Der hier in Frage kommende Betrieb sei übrigens tatsächlich gar kein Handelsbetrieb, sondern ein Verkehrsbetrieb, denn es werde weder gekauft, noch verkauft und dies sei doch für die angezogenen Bestimmungen maßgebend. Eine Leipziger Fachautorität auf diesem Gebiete habe überhaupt beweisbar, daß die Tendenz des Ortsgesetzes dahin gehe, das Speditionssf. den Bestimmungen der Gewerbeordnung und des § 413 des Handelsgesetzbuches zu unterstellen. Die Revision ist jedoch vom Oberlandesgericht verworfen worden. In der Begründung des Verkusses wird bemerkt, ob das Speditionssf. ein Handelsgewerbe im Sinne des § 105 b der Gewerbeordnung sei, oder den Hilfsgewerben zugezählt werden müsse, sei sowohl in der Wissenschaft wie in der Rechtspflege durch Autoritäten festgestellt. Danach sei das Speditionssf. ein Verkehrsverkehr.

Die Sanitätskolonne des Leipziger Feuerwehrverbandes hat während der Zeit ihres zehnjährigen Bestehens 807 Samariter ausgebildet. Erste Hilfe wurde in 581 Fällen geleistet, abgesehen von den Fällen, wo die Samariter in Fabriken beschäftigt sind, und Häftlinge nicht eingereicht werden. Seit dem Jahre 1897 werden in der Kolonne auch Nichtfeuerwehrleute ausgebildet und besteht die Kolonne heute demnach aus 74 Feuerwehrleuten, 48 Nichtfeuerwehrleuten, sowie 3 Ehrenmitgliedern.

Dem Deutschen Forstverein, der Mitte September hier seine Hauptversammlung abhält, will der Rat eine „einfache Bewirkung“ an der großen Eiche zu teilen werden lassen. Die Stadtverordneten sollen zu diesem Zweck 300 Mk. bewilligen, was sie in ihrer Mehrheit natürlich auch thun werden.

In der Auseinandersetzung der Aktionäre der Leipziger Wallstraße gegen die Direktoren und Aufsichtsräte ist die Verhandlung vor dem Landgericht, Kammer für Handelsachen, für den 1. Oktober anberaumt worden.

Die Konkursverwaltung der Leipziger Bank wird, wie Schaffers Bureau meldet, einen zweiten Konkurs- und Rechnungsbericht an die Gläubiger erneut erläutern. Die Veröffentlichung des Berichts erfolgt nach geschlossener Auszahlung der zweiten Dividende.

Vorsicht! Beim Pfänden von giftigen Kreutern zogen sich vier Frauen Blutergüsse an den Händen zu, so daß sie in ärztliche Behandlung genommen werden mußten. Zum mindesten sollte von den betreffenden Firmen, die diese Kreuter durch Insäure verlangen, darauf hingewiesen werden, daß die Kreuter mit Handschuhen geputzt werden dürfen. Als Vorsicht ist dringend geboten! Hoffentlich gewährt die betreffende Firma jenen armen Frauen eine Entschädigung.

Ein Geldbrief mit zehn Tausendmarksscheinen vertraute am 15. Juni 1901 eine riesige größere Firma dem bei ihr damals beschäftigten gewissenhaften 22 Jahre alten Expedienten Christian Twardy aus Silesien bei Rottbus an mit dem Auftrag, ihn zur Post zu tragen. Der Geldbrief kam auch an seinem Bestimmungsort in Bayern an; anstatt der Tausend-

marlscheine enthielt er aber nur Papierstücke. Es stellte sich nun heraus, daß die Siegel des Briefes abgehoben worden waren und daß letzterer auf einer Seite geöffnet worden war. Der Thöler hat dann nach Beratung des Briefes den Umschlag wieder zugelobt und auch die Siegel wieder befestigt. Es lenkte sich damals dringender Verdacht der Thöterschaft auf vorgenannten Twarz. Dieser wurde auch in Untersuchungshaft genommen; da es aber nicht gelang, ihn zu überführen, mußte er wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Im Herbst vorigen Jahres wurde Twarz als Gefrat bei einem sächsischen Infanterieregiment eingezogen, von dem er Anfang Juni d. J. desertiert ist. Seitdem ist er noch nicht wieder zu erlongen gewesen. Inzwischen hat sich mit Bestimmtheit ergeben, daß Twarz es gewesen ist, der den Geldbrief verbraucht hat und daß er nun mit dem Gelde flüchtig geworden ist.

Urania. Zweck und Ziel der Urania, Institut für populär-wissenschaftliche Projektionsvorführungen zu Leipzig, ist, belehrend und erziehend durch Vorführungen, die durch naturgetreue Bilder illustriert werden, auf das Volk einzutragen. Bei dem heutigen Drange, sein Wissen zu bereichern, begnügt sich der Mensch nicht mehr mit dem Lesen von Reisebeschreibungen usw., nein, er will auch zugleich mit dem Auge alle die in den Beschreibungen vorkommenden Bilder sehen. Dies zu bieten hat sich die Leipziger Urania zur Aufgabe gemacht. Der neueste Projektionsvortrag: "Vulkanische Katastrophen, mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse auf Martinique" dürfte zur beginnenden Saison größtes Interesse haben.

Ein mutiger Aufsichter. In der Ottenser Straße in Lindenau wurde gestern abend ein Kinderwagen, worin sich zwei Kinder befanden, von einem Kutschengeschirr umgerissen. Beide Kinder sind dabei aus dem Wagen auf die Straße geschleudert, mit Glück aber nicht erheblich verletzt worden. Der Führer des Kutschengeschirrs ist, ohne sich um die Kinder zu kümmern, davon gefahren; hoffentlich führen die polizeilichen Erörterungen zu seiner Ermittlung.

Ein kleiner Menschenauflauf entstand gestern Mittag am Zäubchenweg, wo ein Radfahrer einen Postboten umgefahren hatte. Die beiden stritten sich, wer schuld sei. Als ein Schuhmann hinzukam, hatte sich der Postbote aus dem Staube gemacht.

Großfeuer wurde heute mittag aus der chirurgischen Poliklinik, Nürnberger Straße 55, gemeldet. Der Dachstuhl ist vollständig ausgebrannt. Der materielle Schaden ist bedeutend. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

kleine Polizei-Nachrichten. In Haft genommen wurde gestern ein 25 Jahre alter Xylograph aus Berlin, der einen in der Jahnstraße in L-Schleißig wohnenden Kollegen gelegentlich eines Besuchs um einen Geldbetrag von 225 Mk. bestahl. Das Geld konnte dem Bestohlenen wieder zurückgegeben werden.

Ein Taschendieb wurde in der Person eines schon vorbestraften, 21 Jahre alten Arbeiters am Sonntag auf dem Rokoplatz dabei abgefaßt, als er einer Frau das Portemonnaie aus der hinteren Kleidertasche stahl. Der Dieb, dem übrigens auch noch andere Taschendiebstähle zur Last fallen, wurde nach einem mißglückten Fluchtversuche festgenommen.

Ein Ballon dunklen, glatten Winterüberzieherstoffes, der vermutlich von einem Diebstahl herführt, befindet sich in Verwahrung des Polizeiamts, wo er von dem Verlustträger abgeholt werden kann.

Unter Anwendung von Nachschlüsseln ist aus einer Wohnung der Einserstraße in L-Reutlingen ein Geldbetrag von 180 Mark gestohlen worden.

Ein fetteloses Fahrrad, Marke Staffelrad, wurde aus dem Keller eines Grundstückes der Carl-Heine-Straße in L-Plagwitz gestohlen.

Schönesfeld. Beim Hamstergraben auf Schönesfelder Flur wurde am Sonnabend von Kindern das Skelett eines erwachsenen Menschen aufgefunden. Die Behörde nahm das Skelett zur Untersuchung an sich. — In der Dimpelstraße wurde beim Wascherollen ein zweijähriges Kind von dem Rollkasten an die Wand gequält und erheblich verletzt, so daß an dem Auskommen des Kindes gezweifelt wird.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiterverein Süderstädt.

In der am 30. August abgehaltenen Versammlung wurde ein Vortrag gehalten über: Das gesetzliche elterliche Güterrecht. In ausführlicher Weise erläuterte der Referent aus Gründen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rechte und Pflichten der Elternteile und erinnerte an seine Ausführungen reichen Beifall. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Ende September findet noch ein ähnlicher Vortrag statt; der Tag wird noch festgesetzt. Den Mitgliedern der Naturhobbyabteilung zur Kenntnis, daß das Inventar jetzt bei August Schönesfeld abzuholen ist.

Von Nah und Fern.

Scenot.

Port Elizabeth. 1. September. Infolge eines heftigen Sturmes sind 17 Segelschiffe und mehrere Leichterschiffe gesunken. Viele Menschen sollen das Leben eingebüßt haben.

Hamburg. 1. September. Die Hamburger Börsenhalle meldet: laut Bericht des Lotsen von dem einkommenden Dampfer "City of Berlin" hat derselbe auf der Höhe des ersten Feuerwagens beim Lotsenversetzen den gleichfalls einkommenden englischen Dampfer "Hispania", mit Heringen von Fraserburgh nach Hamburg gehend, angerannt. Letzterer ist gekentert, die Mannschaft ist gerettet.

Soldatenlob.

Augsburg. 2. September. Als am Montag morgen eine Abteilung des 9. Feldartillerieregiments die Friedberger Bergstraße herabfuhr, fiel ein Proviantwagen um, löste zwei Pferde und verletzte zwei Soldaten.

Springe. 2. September. Bei den Manöver-Uebungen in dem umliegenden Gelände wurde der Kanonier Lenzdorf aus Wilhelmshaven durch eine Ladefette so schwer verletzt, daß er an diesen Verletzungen gestorben ist.

Cherbourg. 2. September. Am Bord des Unterseebootes "Français" ereignete sich am Montag eine Gasexplosion in der Accumulatorenbatterie. Ein Mann wurde erheblich verletzt.

Krawalle.

Agram. 1. September. Kroatische Studenten und Arbeiter veranstalteten Kundgebungen gegen die serbischen Einwohner. Die Polizei ging mehrmals vor und mußte mit blanker Waffe eingreifen. Mehrere sind verwundet.

Nach neuen Nachrichten dauern die Streitdemonstrationen fort und sind völlig zu Revolten ausgeweitet. Auf Polizei und Militär wurde mit Revolvern geschossen. Zahlreiche Geschäftshäuser wurden geplündert und zerstört. Eine große Anzahl Personen ist verwundet worden. Aus den umliegenden Garnisonen ist Militär telegraphisch zur Unterstützung gerufen.

Eine johlende Menge riß die Schilder der Serbischen Bank herunter, zertrümmerte zahlreiche Fenster und verhöhnte die Polizei. Hieraus wurde Militär requirierte, welches die Straßen und Plätze besetzte. Während die Tumultanten in die Seitenstraßen gedrängt wurden, gelang es einer zweiten Schar, ungestört orge Verwüstungen an den serbischen Gebäuden vorzunehmen.

Bahnunfall.

Madrid. 1. September. Hier löste sich ein Anhängewagen von der elektrischen Bahn ab und raste mit einer furchtbaren Schnelligkeit eine steile Straße hinunter. Der Wagen übertraute 3 Personen, welche sofort tot waren, 7 andere Personen wurden schwer verletzt.

Dorfbrände.

Petersburg. 1. September. Das von deutschen Kolonisten bewohnte Dorf Taganowka bei Barislowo ist gestern durch eine Feuerbrunst völlig vernichtet worden. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Kolonisten befinden sich in verzweifelter Lage, da nicht nur die ganze Ernte und alle Ackergeräte, sondern auch ihr gesamtes übriges Hab und Gut verbrannt ist. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Szereusz. 31. August. Im Dorfe Segalja Mod (Komitat Semplin) sind infolge von Brandstiftung bei heftigem Sturm gegen hundert Häuser niedergebrannt.

Bugentgleitung.

Newyork. 1. September. Auf der Southern Eisenbahn ist bei Berry (Alabama) ein Zug entgleist. Der Zugführer und etwa 25 forbige Passagiere wurden getötet; der Lokomotivführer und der Heizer wurden schwer verbrüht und etwa 25 Passagiere verletzt.

Von Martinique.

Newyork. 1. September. Übermals ist die Insel Martinique von einem Vulkanausbruch heimgesucht worden. Es wird darüber berichtet: Der englische Dampfer "Corona" traf am Sonntag abend aus Fort de France ein. Derselbe berichtet, daß am Sonnabend abend ein überaus starker Ausbruch des Mount Pelée erfolgt ist. Leute, die aus dem Norden von Fort de France angelommen seien, hätten berichtet, daß das Dorf Mornebourg völlig zerstört und das Dorf Le Carbet durch eine gewaltige Flut wie weggefegt sei. Umgekehrt 200 Menschen hätten hierbei das Leben eingebüßt.

Vermischtes.

Ein Gedenkblatt zum 2. September. In der Jungfernheide bei Berlin erhängt hat sich der 65 Jahre alte Kriegsveteran Enke. Von Beruf Kellner, genügte er seiner Militärfreiheit und machte die beiden letzten Feldzüge mit. Im Jahre 1894 wurde er von einem Ohrenleiden befallen, das er auf die Feldzüge zurückzuführen wollte. Er beantragte für sich einen Ehrensold, musste aber abschlägig entschieden werden, weil ein Zusammenhang des Leidens mit den Feldzügen als unwahrscheinlich angesehen wurde. Seit zwei Jahren war er erwerbsunfähig und lebte mit seiner 61 Jahre alten Frau von einem städtischen Armentald in Höhe von 11 Mark monatlich und dem Verdienst, den seine Frau durch Näharbeit erwirkt. Die beiden alten Leute führten dennoch ein recht kümmerliches Dasein in einem kleinen Hofsüddchen. Bei Enke hatte sich zuletzt noch hochgradige Nervosität eingestellt, und er machte seiner Chefarzt am Donnerstag voriger Woche den Vorschlag, durch Gift gemeinsam mit ihm aus dem Leben zu scheiden. Das hatte die Vermieterin gehört und sie kündigte daher noch an denselben Tage das Zimmer. Am nächsten Tage war Enke verschwunden. Schließlich fanden ihn Soldaten in der Jungfernheide, wo er sich mit seinen Hosenträgern an einem Baum erhängt hatte.

Humoristisches.

Moderne Freiheitssang. Die Münchener Jugend veröffentlicht das nachstehende Gedicht:

Stoht an, Männerstolz lebel Hurra hoch.
Gott gab das Rüdigrat dem Unterthan,
Damit er sich beugen und büden kann.
Frei ist der Mann!

Stoht an, Frauenlich lebel Hurra hoch.
Wem die wahre Liebe im Herzen glüht,
Der freit, wo ihm golden die Mützig blüht.
Frei ist der Mann!

Stoht an, Maushalten lebel Hurra hoch.
Wer die Wahrheit saget und meidet den Schein,
Der muß ein schrecklicher Esel sein.
Frei ist der Mann!

Stoht an, Rastengeist lebel Hurra hoch.
Wenn die Welt aufsieht zum jüngsten Gericht,
Verteichst dann, bitte, die Langlässen nicht.
Frei ist der Mann!

Stoht an, Heldwebel lebel Hurra hoch.
Macht Front vor ihm mit gestrecktem Ante,
Doch seine Tochter heiratet nie.
Frei ist der Mann!

Lebte Nachrichten.

Die Monroe-Doctrin.

Newyork. 1. September. Der redselige Präsident Roosevelt hat in seiner Rede in Proctor (Staat Vermont) wieder die Monroe-Doctrin als Friedensdoctrin gefeiert, die freilich eine starke Flotte erfordere, um für den europäischen Kontinent unangreifbar zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

O. G. 45. Wenden Sie sich an Rechtsanwalt Dr. Müller, Neumarkt 3.

Auskunft in Rechtsfragen.

Militaria 1. Die Sache wird in den drei anderen Fällen wohl anders gelegen haben, sonst hätten die Drei wohl auch Strafmandate erhalten. Im übrigen sind wir gar nicht in der Lage, in beratigen militärischen Angelegenheiten Auskunft geben zu können.

P. W. 100. 1. Der Verkauf kann durch einen Gerichtsvollzieher erfolgen, nachdem dessen Aufforderung zur Abnahme ohne Wirkung geblieben ist. 2. Lieber die Höhe des Rostgeldes besticht keine gesetzliche Bestimmung. Zu dem erwähnten Zwecke brauchen Sie aber nichts herauszugeben.

O. A. 2. 1. Wenn das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst worden ist, muß das Zeugnis auf Verlangen auch auf die Art der Beschäftigung ausgestellt werden. Eventuell Klage beim Gewerbege richt. 2. Nicht Geldstrafe, wohl aber Schadenerstörfall

gefördert werden, falls Sie ein Verschulden tragen. 3. Rein, soweit es sich um Strafen auf Grund der Arbeitsordnung handelt.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 2. September: 226. Abonnement-Vorstellung (2. Serie, rot). **Der Freischütz.** Romantische Oper in 4 Akten von Friedr. Kind. Musik von C. M. v. Weber.

Alte Oper in 4 Akten von Friedr. Kind. Musik von C. M. v. Weber.

Otto der böhmische Fürst. • • • • Dr. C. Groß

Kuno, Fürstlicher Erbpräst. • • • • Dr. Kunze

Ugarte, seine Tochter. • • • • Dr. Andr

Kennchen, seine Verwandte. • • • • Dr. Gardini

Raspar. • • • • Dr. Schelpel

Mag Jäger. • • • • Dr. Moers

Allian, ein reicher Bauer. • • • • Dr. Marion

Samuel, der schwarze Jäger. • • • • Dr. Henning

Ein Eremit. • • • • Dr. Heide

Bräutigungsern. • • • • Dr. Unruh, Kubos

Erster Jäger. • • • • Dr. Benger

Zweiter Jäger. • • • • Dr. Schumm

Fürstliche Jäger und Gefolge. Bauern und Gärtner. Musikanter, Brautjungfern.

Belt der Handlung: Kurz vor Beendigung des dreijährigen Krieges.

Pausen nach dem 2. und 3. Akt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr. **Opern-Preise.**

Willst-Verlauf an der Tagesskasse von 10—8 Uhr. Willst-

Verlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. (Jedes Willst,

welches vor Eröffnung der Tagesskasse bestellt oder im Verlauf entnommen wird, kostet 80 Pg. Aufzug.)

Spielplan: Mittwoch: Tanzhäuser. Anfang 7 Uhr. — Donner-

tag: Neu eröffnet. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Rigoleto. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 2. September:

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörlster. Regie: Ober-Regisseur Geldner.

Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Heidelberg. Dr. Hahn

Staatsminister von Haug, Exzellenz. Dr. Bruno

Hofmarschall Freiherr von Wallrage, Exzellenz. Dr. Stich

Kammerherr Baron von Meizing. Dr. Greiner

Kammerherr Baron von Breitenbach. Dr. Webbeling

Dr. phil. Jüttner. Dr. Demme

Luz, Kammerdiener. Dr. Heysse

Deffen Graf von Asterberg. Dr. Schuy

Karl Biss. vom Corps Saxonie

Kurt Engelbrecht. Dr. Walter

Bansin. Dr. Schussenreuter

Reiminde. Dr. Keller

von Webell, Sago-Boruss. Dr. Sternberg